



StaWi

STATISTIK HESSEN

Staat und Wirtschaft in Hessen

70. Jahrgang 6|2015

© ARTENS - Fotolia.com, © Tiberius Gracchus - Fotolia.com, © lassdesignen - Fotolia.com



Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die hessische Umweltwirtschaft

Daten zur Wirtschaftslage

Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)
ISSN 1616 – 9867 (Digital)

Copyright:
Hessisches Statistisches
Landesamt, Wiesbaden, 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe
gestattet.

Herausgeber:
Hessisches Statistisches Landesamt,
Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0,
Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@statistik.hessen.de
Internet: www.statistik-hessen.de

Schriftleitung:
Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37,
Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferanschrift:
Hessisches Statistisches Landesamt,
Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift:
Hessisches Statistisches Landesamt,
65175 Wiesbaden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis:
Print: 13,00 Euro
Jahresabonnement: 66,30 Euro
(jew. inkl. Versandkosten)
PDF-Datei als kostenloser Download im Internet.

Gesamtherstellung:
Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte und Informationen
aus allen Bereichen der hessischen
Landesstatistik erteilt die zentrale
Informationsstelle:
Telefon: 0611 3802-802 oder -807,
E-Mail: info@statistik.hessen.de

[GESUNDES Unternehmen]



Zeichenerklärung

- = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
- 0 = Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit.
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
- D = Durchschnitt.
- s = geschätzte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- r = berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen.

Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.

Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

zur Beschreibung der Volkswirtschaften auf europäischer Ebene existiert das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Es legt gemeinsame Normen, Definitionen, Klassifikationen und Buchungsregeln fest. Unser erster Fachbeitrag von **Staat und Wirtschaft in Hessen** richtet den Blick auf die Neuerungen des ESVG 2010 gegenüber der vorherigen Version und auf erste Ergebnisse. Ganz kurz vorab: Über die gesamte Zeitreihe erfährt das hessische BIP eine Niveauanhebung in Höhe von ca. 3 %.

Auch der zweite Artikel stammt aus den Gesamtrechnungen. Er behandelt die hessische Umweltwirtschaft mit den Herstellern von Technologien, Gütern und Dienstleistungen zur Vermeidung von Umweltverschmutzungen. Beim Blick auf den Umsatz wird deutlich, dass der Schwerpunkt der umweltökonomischen Aktivitäten in Hessen auf dem Klimaschutz und hier allen voran auf der Solarenergie liegt.

Alle drei Monate berichtet das Hessische Statistische Landesamt über die wirtschaftliche Entwicklung. Die hessische Wirtschaft präsentierte sich im dritten Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum in einem guten Zustand: Im Verarbeitenden Gewerbe blieb die Beschäftigung konstant; die Umsätze und Auftragseingänge waren rückläufig. Der Einzelhandel konnte die Umsätze sowie die Zahl der Beschäftigten ausbauen; auf dem Arbeitsmarkt stieg die Zahl der Erwerbstätigen im zweiten Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahresquartal und die Arbeitslosigkeit sank. Die Insolvenzen waren stark rückläufig, die Inflationsrate nahm leicht zu.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen, vielleicht haben Sie in der Weihnachtszeit gute Gelegenheit dazu.

Ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins Jahr 2016

Ihre

A handwritten signature in blue ink that reads "Christel Figgner". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Dr. Christel Figgner

Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamts

Ganz kurz

231



© Dreaming Andy - Fotolia.com

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

233

Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Neue Methoden und neue Ergebnisse. *Von Sanyel Arikan* |233



© danimihut - Fotolia.com

Umweltökonomische Gesamtrechnungen

245

Die hessische Umweltwirtschaft. Ergebnisse des Arbeitskreises „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“. *Von Till Lachmann* |245



© archerix - Fotolia.com

Daten zur Wirtschaftslage

255

Die Entwicklung im dritten Quartal 2015 |255

Nachrichten aus der Statistik

242

Buchbesprechungen

254, 268



© Andreas F. - Fotolia.com

Ganz kurz

Bioabfälle aus Haushalten

In den privaten Haushalten in Hessen fielen im Jahr 2014 insgesamt 2,9 Mill. t Abfälle an. Das waren 68 500 t oder 2,4 % mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig sank aufgrund der verstärkten Getrenntsammlung insbesondere von Bioabfällen, das Hausmüllaufkommen. Mit 1,75 Mill. t wurden 60 % der Abfälle aus Haushaltungen und Kleingewerbe als Bioabfälle oder Wertstoffe über die entsprechenden Sammelsysteme getrennt erfasst. Darüber hinaus fielen 985 000 t (34 %) Hausmüll und 168 400 t (6 %) Sperrmüll (ohne getrennt erfasste Holz- und Metallabfälle) zur Entsorgung an. Beim Hausmüllaufkommen wurde damit erstmalig eine Menge unter 1 Mill. t registriert. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner in Hessen erzeugte im Jahr 2014 rein rechnerisch durchschnittlich 477 kg Haushaltsabfälle. Das waren 8 kg mehr als 2013. Insgesamt fielen pro Kopf 162 kg Hausmüll und 28 kg Sperrmüll an. Die Menge getrennt gesammelter Wertstoffe – insbesondere Papier, gemischte Verpackungen, Glas, Holz, Metall und Elektroaltgeräte – lag bei 151 kg je Einwohner und diejenige der getrennt erfassten organischen Abfälle (Bioabfälle) bei 136 kg je Einwohner. Insgesamt wurden 828 900 t organische Abfälle getrennt erfasst. Das waren 8,8 % mehr als im Jahr 2013. Mit 520 800 t bzw. 63 % landete der überwiegende Teil in der Biotonne – 85 kg je Einwohner. Das waren 5 kg mehr als 2013, u. a. aufgrund der Ausweitung bzw. Einführung der Biotonne in einigen Entsorgungsgebieten. Für die verbliebenen 37 % der Bioabfälle wurden die Sammelsysteme für Garten- und Parkabfälle genutzt. Auch hier gab es eine Zunahme von 5 kg je Einwohner. Grund waren u. a. die Einrichtung kostenloser Abgabemöglichkeiten und Gebührensenkungen. Außerdem führten die günstigen klimatischen Bedingungen während der Wachstumsperiode zu mehr Grünabfällen. 45 % der Siedlungsabfälle wurden unmittelbar stofflich (einschl. Sortierung und Wertstoffaufbereitung) und 32 % energetisch verwertet. Weitere 10 % wurden nach einer mechanischen bzw.

mechanisch-biologischen Aufbereitung größtenteils in Ersatzbrennstoffkraftwerken ebenfalls energetisch verwertet. Die Entsorgung der Verpackungsabfälle mit einem Anteil von 13 % erfolgte über die Verwertungswege der Dualen Systeme. Die getrennt erfassten Bioabfälle und Wertstoffe wurden vorrangig einem Recyclingverfahren zugeführt. Die Hausmüllentsorgung



© alleccicoteli- Fotolia.com

passierte überwiegend in den hessischen Müllheizkraftwerken oder nach einer Aufbereitung in Ersatzbrennstoffkraftwerken. Der Sperrmüll wurde größtenteils erst einer Wertstoffsartierung unterzogen. Biomassekraftwerke konnten die holzartigen Wertstoffe aus dem Sperrmüll zur Strom- und Wärmeerzeugung nutzen. Andere Wertstoffe, wie z. B. Metalle, gingen an weiterverarbeitende Betriebe.

Ausgaben für die Jugendhilfe

Im Jahr 2014 wurden von den verschiedenen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe in Hessen netto knapp 3,3 Mrd. Euro ausgegeben. Die **Nettoausgaben** erhöhten sich gegenüber 2013 um knapp 439 Mill. Euro oder 15,5 %. Die deutliche Steigerung der Ausgaben ist v. a. durch die hohen Mehrausgaben des Hessischen Sozialministeriums für die Kindertagesbetreuung (324,2 Mill. Euro) begründet. Rechnerisch war jede Einwohnerin und jeder Einwohner Hessens durch die Jugendhilfenettoausgaben mit 539 Euro belastet, 70 Euro mehr als im Jahr 2013. Der Betrag schwankte bei den kreisfreien Städten und Landkreisen zwischen 266 Euro im

Werra-Meißner-Kreis und 903 Euro in Frankfurt am Main. Die **Bruttoausgaben** stiegen 2014 um 15 % auf knapp 3,6 Mrd. Euro. Gut 66 % der Bruttoausgaben standen für die Tagesbetreuung von Kindern zur Verfügung (64 % für Kindertageseinrichtungen und 2 % für Tagespflegepersonen). Knapp 24 % der Bruttoausgaben wurden für die Hilfe zur Erziehung, Inobhutnahme und für die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ausgegeben. Knapp 5 % flossen in die Jugendarbeit. Die Jugendsozialarbeit, die allgemeine Förderung der Familie, die Mitarbeiterfortbildung und die sonstigen Ausgaben machten insgesamt gut 5 % der Bruttoausgaben aus. Den Bruttoausgaben standen **Einnahmen** von knapp 291 Mill. Euro gegenüber, wobei die Tageseinrichtungen für Kinder (z. B. Kindergartenbeiträge) mit 197 Mill. Euro den größten Teil verbuchten. Die Ausgaben für die Kindertageseinrichtungen wurden im Jahr 2014 zu knapp einem Zehntel durch Beiträge gedeckt. Die Gemeinden ohne eigenes Jugendamt gaben 93 % ihrer Bruttoausgaben für Kindertagesbetreuung aus. Anders war die Situation bei den Gemeinden mit Jugendämtern, da die Jugendämter vermehrt auch andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe wahrnahmen. Der Anteil der Bruttoausgaben für die Kinderbetreuung an den gesamten Bruttoausgaben für die Jugendhilfe lag bei 46 %. Die Hilfen zur Erziehung waren mit 41 % der zweitgrößte Ausgabenposten. Bei der obersten Landesjugendbehörde standen neben der Kindertagesbetreuung (96 %), die Jugendarbeit (2 %) und Jugendsozialarbeit (2 %) im Fokus.

Abermals Rekord bei den Studierenden

Insgesamt sind an den Hochschulen in Hessen im laufenden Wintersemester 244 000 Studie-

rende immatrikuliert. Nach vorläufiger Meldung der Hochschulen liegt die Zahl der Studierenden um gut 5800 oder 2,4 % über derjenigen des Wintersemesters 2014/15. Der Anstieg der Studierendenzahl in den vergangenen Jahren setzte sich damit fort. Er war allerdings nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor. Im Zehnjahresvergleich erhöhte sich die Zahl der Studierenden an Hessens Hochschulen um 80 000 und damit um die Hälfte. Aktuell sind 115 300 bzw. 47 % der Immatrikulierten weiblich. Die Zahl der ausländischen Studierenden liegt bei etwa 33 600; das entspricht einem Anteil von 13,8 %. An den **Universitäten** stiegen die Studierendenzahlen innerhalb eines Jahres um 2300 oder 1,5 % auf 154 600. Aktuell sind an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main 45 500 Studierende immatrikuliert. Weiterhin studieren an der Universität in Gießen 28 200 und an der TU Darmstadt 26 400 Männer und Frauen. Die Universität in Marburg meldete 26 100; die Universität in Kassel zählt aktuell 24 300 Studierende. Die beiden Universitäten in privater Trägerschaft, die European Business School und die Frankfurt School of Finance & Management, meldeten insgesamt etwa 4000 Immatrikulierte. Die 14 hessischen **Fachhochschulen** meldeten für das laufende Wintersemester insgesamt 83 300 Studierende, das sind 3600 oder 4,5 % mehr als im Wintersemester 2014/15. Weiterhin sind 1700 Studierende an einer der 3 **Kunsthochschulen**, 740 an einer der 6 **Theologischen Hochschulen** und 3670 an einer **Verwaltungsfachhochschule** in Hessen eingeschrieben. Anders als die Universitäten und Fachhochschulen meldeten diese Hochschularten bei den Studierendenzahlen keine Zuwächse. Während die Studierendenzahl an den Verwaltungsfachhochschulen nahezu unverändert blieb, verzeichneten die Kunsthochschulen (- 40) und die Theologischen Hochschulen (- 80) leichte Rückgänge im Vergleich zum letzten Wintersemester. Die Studienanfängerzahl ist im Vergleich zum Wintersemester 2014/15 leicht zurückgegangen. Im laufenden Wintersemester gibt es 34 400 Frauen und Männer, die sich erstmals für ein Studium eingeschrieben haben. Damit liegt die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger um 870 oder 2,5 % unter der des Vorjahres.

© kasto - Fotolia.com



Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Neue Methoden und neue Ergebnisse

Mehr als andere Systeme der amtlichen Statistik sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) von umfangreichen Definitionen und methodischen Vorgaben abhängig. Dafür gibt es zwei Gründe. Zum einen ist der Anspruch eine „Buchführung“ für eine ganze Volkswirtschaft zu betreiben, aufgrund der Vielzahl und der Komplexität der ökonomischen Prozesse anders nicht zu erfüllen. Zum anderen erwarten die Nutzer von solch zentralen Kennzahlen wie dem Wirtschaftswachstum oder der Produktivität, dass Vergleiche von Zeiträumen, aber vor allem auch über Staatsgrenzen hinweg, möglich sind. Insbesondere für die Europäische Union ist dies von großer Bedeutung. Hängen doch substantielle Entscheidungen, wie z. B. die Eröffnung von Defizit-Verfahren oder die Berechnung der Beiträge zum EU-Haushalt, von Ergebnissen der VGR ab. Das grundlegende, internationale Regelwerk der VGR ist das System of National Accounts (SNA), das gemeinsam von UNO, Europäischer Kommission, IWF, OECD und Weltbank erstellt wird. Für die besondere Situation in der EU ist jedoch darüber hinaus eine rechtlich bindende Regelung der VGR erforderlich. Diese Verbindlichkeit wird durch eine Verordnung hergestellt, die als Anhang das „Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (ESVG) enthält. Im ESVG ist festgelegt, mit welchen Abgrenzungen und Verfahren die Berechnungen erfolgen. 2010 wurde das bis dahin gültige SNA 1993 vom SNA 2008 abgelöst. Darauf aufbauend wurde das ESVG in der bisherigen Fassung „1995“ überarbeitet. Die Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 21. Mai 2013 setzte das ESVG 2010 in Kraft. **Von Sanyel Arikian**

Revision des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Das Statistische Bundesamt veröffentlichte revidierte Ergebnisse für Deutschland ab Berichtsjahr 1991 im September 2014. Ein erstes Ergebnis nach neuer Methodik, das Wirtschaftswachstum der Bundesländer für das erste Halbjahr 2014, veröffentlichte der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, dem auch das Hessische Statistische Landesamt angehört, ebenfalls im September 2014. Revidierte Ergebnisse für Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt der Jahre 2000 bis 2014 präsentierte der Arbeitskreis im April 2015. Ergebnisse für weitere Aggregate, für die Jahre 1991 bis 1999 sowie für die Kreisebene werden folgen. Über die aktuell verfügbaren revidierten Regionaldaten informieren die Internetseiten der zuständigen Arbeitskreise (www.vgrdl.de, www.ak-etr.de).

Die wichtigsten Änderungen

Die Liste der Änderungen, die mit dem ESVG 2010 eingeführt wurden, umfasst 25 Punkte. Die meisten dieser Revisionspunkte haben keine erheblichen Auswirkungen auf die Ergebnisse. Daher sollen im Folgenden nur die wichtigsten Neuerungen dargestellt werden.

- Forschung und Entwicklung (FuE): Nach den neuen Regeln werden FuE-Leistungen kapitalisiert, d. h. sie werden als Bruttoanlageinvestition (BAI) behandelt. Die Begründung ist, dass FuE ein Gut ist, das über mehrere Perioden seinen Wert an die produzierten Waren abgibt, vergleichbar einer materiellen Produktionsanlage



© frank peters - Fotolia.com

oder einer Software, die in der Produktion eingesetzt wird. Die Erhöhung der Anlageinvestitionen als einer der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsproduktes (BIP) wirkt unmittelbar erhöhend auf dieses. Auch auf der Produktionsseite des BIP ändert sich



© Schlierner - Fotolia.com

die Behandlung von FuE. Selbst erstellte Leistungen, die bisher als Hilfstätigkeiten betrachtet wurden, erhöhen nun den Produktionswert und damit die Bruttowertschöpfung (BWS = Produktionswert abzgl. Vorleistungen). Die zugekauften FuE-Leistungen wurden im ESVG 1995 als Vorleistungen verbucht und wirkten mindernd auf die BWS. Vorleistungen sind Waren oder Dienstleistungen, die im Produktionsprozess verbraucht werden oder vollständig im produzierten Gut aufgehen (z. B. Rohmaterial, Betriebsstoffe). Genau diese unzutreffende Annahme wird mit der neuen Behandlung von FuE als Investition abgelöst. Die Vorleistungen werden also um die Höhe der FuE verringert und die BWS unmittelbar in gleicher Höhe angehoben. Nach der Periode der Anschaffung sind für die FuE-Leistungen, wie für andere Anlagegüter, Abschreibungen zu berücksichtigen, die in einem Zweitrundeneffekt die Bruttoversionen der betroffenen Aggregate (BAI, BWS, BIP) erhöhen, nicht aber die Nettoversionen (die die Abschreibungen nicht enthalten). Die Verbuchung von FuE-Aktivitäten als BAI gilt unabhängig davon, ob sie in privaten oder staatlichen Organisationen stattfindet.

Einen wichtigen Unterschied gibt es jedoch. Staatlich erstellte FuE wirkt nicht unmittelbar BIP-erhöhend, da mit den Vorleistungen auch der Staatskonsum sinkt. Erst der Zweitrundeneffekt über die Abschreibungen wirkt auf das BIP.

- Geringwertige Wirtschaftsgüter: Das ESVG 1995 gab eine Wertschwelle von 500 ECU zur Erfassung von Gütern als Anlageinvestition vor. Güter mit geringerem Wert wurden, unabhängig von ihrer Nutzungsdauer, als Vorleistungen verbucht. Durch das ESVG 2010 entfällt die Wertschwelle. Entscheidend ist jetzt eine Nutzungsdauer von mehr als einem Jahr. Ausnahmen sind allerdings dauerhafte Güter von geringem Wert, die für einfache Arbeitsgänge eingesetzt und als Vorleistung gebucht werden (z. B. Sägen, Hämmer, Taschenrechner).
- Militärische Waffensysteme: Auch bisher wurden militärische Güter, die länger als ein Jahr nutzbar waren, als Anlagegüter behandelt. Sie wirkten also erhöhend auf die BAI und damit auf das BIP. Voraussetzung war allerdings ihre zivile Nutzbarkeit (z. B. Kasernen, Flughäfen, Lazarette). Waffensysteme dagegen waren Teil des Staatskonsums. Das neue ESVG betrachtet Waffensysteme, sofern sie länger als ein Jahr genutzt und nicht nur einmalig eingesetzt werden können, als Anlagegut. Die geänderte Verbuchung als BAI entfaltet in der Periode der Anschaffung keine Wirkung auf das BIP, da die Waffensysteme lediglich von einer Verwendungskomponente des BIP (Konsum) in eine andere (Investitionen) verschoben werden. In den späteren Perioden fallen Abschreibungen an, die dann das BIP erhöhen.
- Produktionswerte der Versicherungsunternehmen: Bisher reagierten die Produktionswerte und damit die BWS der Versicherungsunternehmen sehr empfindlich auf Extremereignisse wie Naturkatastrophen oder Terroranschläge, die zur Auszahlung sehr hoher Leistungen an die Versicherten führten. Die Wertschöpfung der Unternehmen war entsprechend volatil und wurde teilweise negativ. Das neue ESVG bezieht die Erhöhung oder Verringerung versicherungstechnischer

Rückstellungen nun in die Berechnung der Produktionswerte ein. Diese Rückstellungen haben betriebswirtschaftlich u. a. den Zweck, die Kostenbelastung durch sehr große Schadensfälle auf mehrere Perioden zu verteilen. Diese Verstetigung wird jetzt auch in der volkswirtschaftlichen Verbuchung abgebildet. Darüber hinaus beendet das ESVG 2010 die Sonderbehandlung von Rückversicherungsunternehmen, deren Wertschöpfung im alten System unterzeichnet wurde.

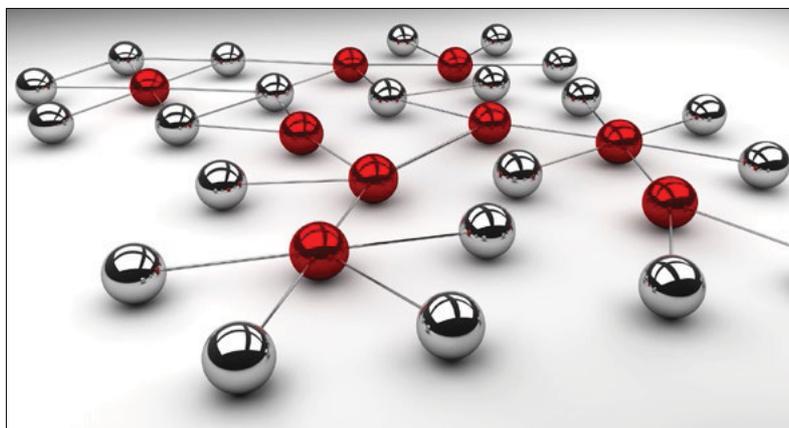
Neben den konzeptionellen Neuerungen im ESVG gab es sogenannte EU-Aktionspunkte und datenbedingte Änderungen.

- Schattenwirtschaft: Die VGR haben die Aufgabe, alle ökonomischen Aktivitäten einer Volkswirtschaft abzubilden, unabhängig davon, ob diese Aktivitäten illegal sind (z. B. der Handel mit illegalen Drogen), oder ob sie zwar nicht per se illegal, aber aus verschiedenen Gründen den Behörden nicht bekannt sind. Diesbezüglich haben sich zwar die Regeln nicht geändert. Die Europäische Kommission hat aber die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Abbildung von Drogenproduktion und -handel, Schmuggel und Prostitution im BIP konsequenter und einheitlicher als bisher zu betreiben. Für Deutschland bedeutet dies, dass Produktion von und Handel mit illegalen Drogen sowie der Zigarettschmuggel erstmals in die Berechnungen einbezogen wurden. Prostitution ist in Deutschland grundsätzlich legal und war bisher schon erfasst. Der Alkoholschmuggel, der für die EU eine relevante Größenordnung hat, spielt hierzulande aufgrund der vergleichsweise niedrigen Preise keine Rolle.
- Die „Abwrackprämie“ und vergleichbare staatliche Leistungen im Rahmen der Wirtschaftskrise werden nun in der EU einheitlich, anders als bisher in Deutschland, als Gütersubventionen behandelt. Dies hat einen negativen Effekt auf das BIP 2009 und 2010 (nicht aber auf die BWS, da diese zu Herstellungspreisen, d. h. ohne Abzug der Gütersubventionen, berechnet wird).
- Datenbedingte Änderungen: Hier ist vor allem die Integration der Gebäude- und Woh-

nungszählung 2011 zu nennen, die zu einer Erhöhung des privaten Konsums und der BWS im Bereich der Wohnungsvermietung für die nationalen Ergebnisse führt.

Umsetzung in den regionalen VGR

In Deutschland folgen die VGR hinsichtlich der regionalen Ebenen grundsätzlich einem top-down-Ansatz. Die Ergebnisse der Länder werden auf das bereits vorliegende Bundesergebnis abgestimmt und die Summe der Länder entspricht immer dem Wert für Deutschland. Wird dieser Bundeseckwert um eine neue Komponente erweitert, ist diese automatisch auch in den Länderergebnissen enthalten. „Automatisch“ heißt



© Jürgen Priewe - Fotolia.com

hier: auch bei unveränderter Methode in der Regionalrechnung. In diesem Fall würde die neue Komponente gemäß den Anteilen auf die Länder verteilt, die diese zuvor schon an Deutschland hatten. Dies ist immer dann die geeignete Lösung, wenn die bisherigen Regionalisierungsindikatoren einen starken Zusammenhang mit der neuen Komponente aufweisen. Für die Revisionspunkte „Geringwertige Wirtschaftsgüter“, „Versicherungsunternehmen“ und „Waffensysteme“ ist dies der Fall. Für eine spezifische Regionalisierung der illegalen Aktivitäten ist die Datenlage nicht ausreichend. Da sich die Effekte in der Größenordnung von 0,1 % des BIP bewegen, sind dadurch keine relevanten Verzerrungen zu erwarten. Anders liegt der Fall bei den FuE-Leistungen. Zwar hängen diese sehr stark vom Wirtschaftszweig ab. Daher könnte man in einer ersten Vermutung unterstellen, die bisherigen Regionalisierungsindikatoren reichten aus, da sie auf den Wirtschaftszweig abstellen. Allerdings sind die FuE-Leistungen innerhalb ei-

1. Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

Jahr	Hessen				Deutschland			
	bishe- riges Ergebnis	neues Ergebnis	Differenz		bishe- riges Ergebnis	neues Ergebnis	Differenz	
	Mill. Euro		in % ¹⁾		Mill. Euro		in % ¹⁾	
2000	188 394	194 243	5 848	3,1	2047 500	2113 500	66 000	3,2
2001	195 057	201 322	6 265	3,2	2101 900	2176 810	74 910	3,6
2002	196 502	202 431	5 929	3,0	2132 200	2206 280	74 080	3,5
2003	200 689	207 568	6 879	3,4	2147 500	2217 050	69 550	3,2
2004	203 599	210 276	6 677	3,3	2195 700	2267 580	71 880	3,3
2005	206 143	211 859	5 716	2,8	2224 400	2297 820	73 420	3,3
2006	212 450	218 630	6 180	2,9	2313 900	2390 200	76 300	3,3
2007	220 686	227 403	6 717	3,0	2428 500	2510 110	81 610	3,4
2008	223 286	230 335	7 048	3,2	2473 800	2558 020	84 220	3,4
2009	211 037	219 064	8 027	3,8	2374 200	2456 660	82 460	3,5
2010	218 210	226 899	8 690	4,0	2495 000	2576 220	81 220	3,3
2011	225 697	235 065	9 368	4,2	2609 900	2699 100	89 200	3,4
2012	227 978	236 493	8 515	3,7	2666 400	2749 900	83 500	3,1
2013	235 685	242 652	6 967	3,0	2737 600	2809 480	71 880	2,6

1) Des bisherigen Ergebnisses.
Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Bundesamt.
Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2014. 2013: Fortschreibungsergebnisse.

nes Wirtschaftszweiges keineswegs gleichmäßig auf alle Unternehmen und alle Regionen verteilt. Vielmehr gibt es ausgesprochene Konzentrationseffekte, die sich nur mit Hilfe eines spezifischen Indikators abbilden lassen. Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ nutzt für diesen Zweck die Daten aus der FuE-Erhebung des Stifterverbandes für

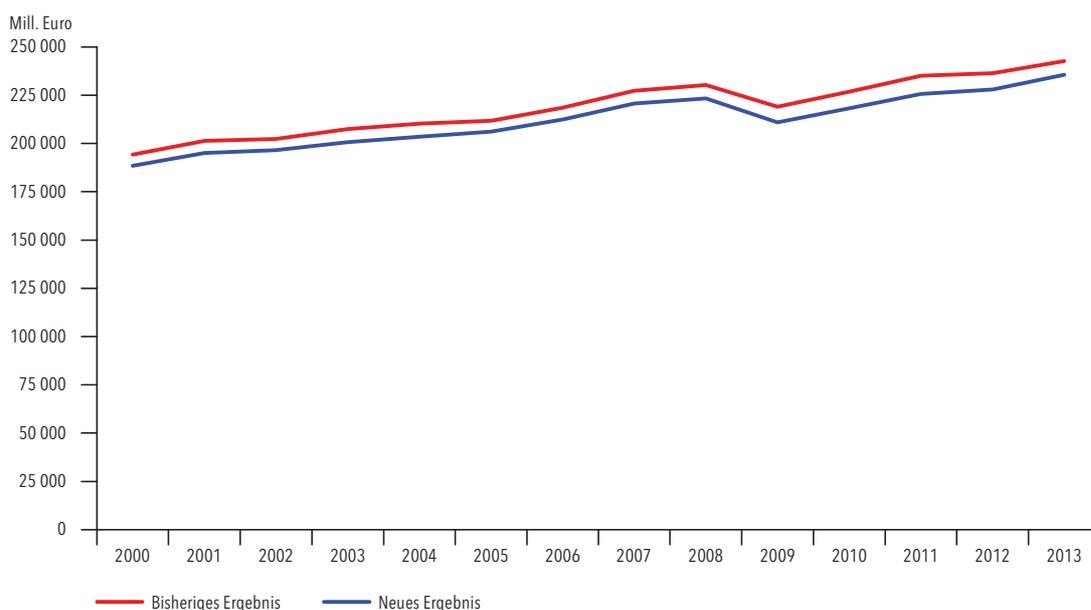
die Deutsche Wissenschaft. Die Erhebung ist seit vielen Jahren etabliert und erfährt eine große Zustimmung bei den befragten Unternehmen. Die Daten sind auch Basis für die Berechnung von FuE-Leistungen in den nationalen VGR und bieten kreischarfe Ergebnisse, sodass für alle regionalen Ebenen die gleiche Datenquelle verwendet werden kann. Auch die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 können den Ländern spezifisch zugeordnet werden.

Neue Ergebnisse

a) Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

Tabelle 1 und Schaubild 1 zeigen die Auswirkungen auf das nominale BIP. Über die gesamte Zeitreihe erfährt das BIP eine Niveauanhebung in Höhe von ca. 3 %, wobei die Größenordnung dieses Anstiegs in Hessen derjenigen im Bund entspricht. Das Statistische Bundesamt hat für das Berichtsjahr 2010 die Differenz zwischen neuem und altem Ergebnis den einzelnen Revisionspunkten zugeordnet. Von den 3,3 % entfällt der Löwenanteil in Höhe von 2,3 Prozentpunkten auf FuE. Auf die anderen Punkte entfallen jeweils zwischen 0,1 und 0,2 Prozentpunkten – auch auf die illegalen Aktivitäten, die im Fokus der Medienberichte standen. Von den 4,0 % Zuwachs in Hessen tragen die FuE-Leistungen 2,8 Prozentpunkte bei. Dieses Jahr ist allerdings etwas un-

1. Hessisches Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen



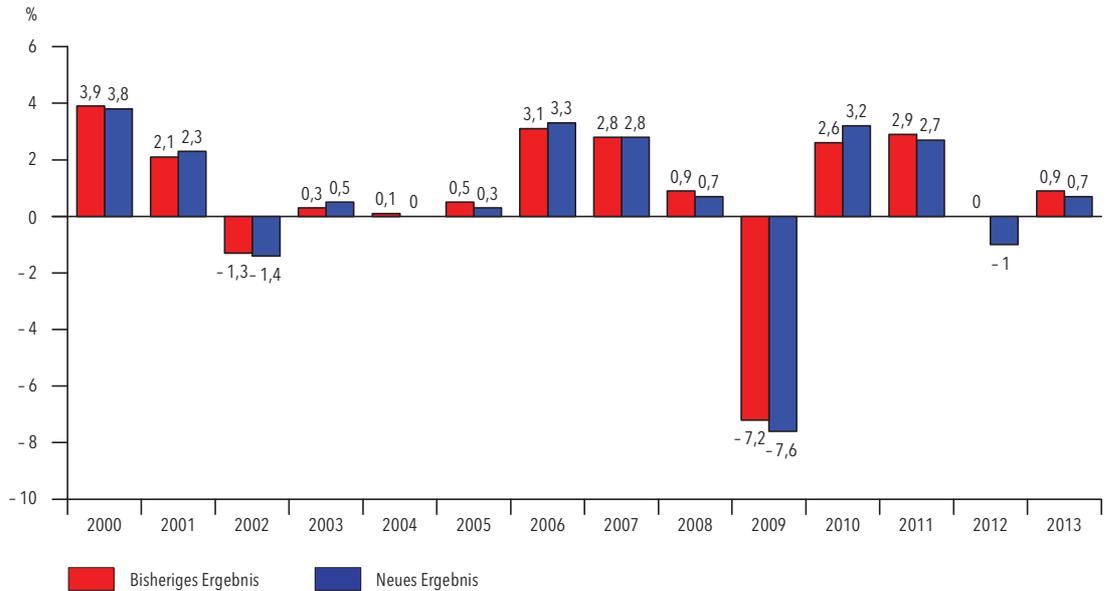
Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Bundesamt. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2014. 2013: Fortschreibungsergebnisse.

2. Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Hessen				Deutschland			
	Insgesamt	davon			Insgesamt	davon		
		Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereiche		Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereiche
Bisheriges Ergebnis in Mill. Euro								
2000	169 438	886	43 488	125 063	1841 480	20 450	561 870	1259 160
2001	175 703	1 034	43 688	130 982	1893 350	22 820	564 160	1306 370
2002	177 174	935	42 869	133 370	1922 470	19 120	559 240	1344 110
2003	180 685	883	43 676	136 126	1933 440	17 720	560 730	1354 990
2004	183 926	978	44 207	138 742	1983 540	21 210	580 920	1381 410
2005	185 937	697	44 190	141 050	2006 360	16 090	587 800	1402 470
2006	191 551	780	46 315	144 456	2086 280	17 130	628 860	1440 290
2007	197 831	961	46 850	150 020	2176 990	18 960	663 920	1494 110
2008	200 108	1 008	47 223	151 876	2217 000	21 190	668 090	1527 720
2009	188 180	625	41 403	146 153	2117 050	15 890	588 860	1512 300
2010	195 484	791	47 807	146 887	2235 160	17 810	675 730	1541 620
2011	201 915	782	49 794	151 339	2334 890	18 460	716 980	1599 450
2012	204 071	770	49 148	154 152	2386 790	19 980	728 260	1638 550
2013	211 267	750	50 296	160 222	2453 980	19 270	741 280	1693 430
Neues Ergebnis in Mill. Euro								
2000	175 195	885	46 237	128 073	1906 252	20 578	586 427	1299 247
2001	181 907	1 045	46 316	134 546	1966 887	23 131	589 656	1354 100
2002	183 076	942	45 427	136 707	1995 330	19 340	583 263	1392 727
2003	187 437	877	46 455	140 105	2002 029	17 859	582 832	1401 338
2004	190 525	940	46 828	142 757	2054 583	21 105	601 614	1431 864
2005	191 686	704	46 603	144 379	2079 023	16 226	608 391	1454 406
2006	197 747	788	48 699	148 260	2161 896	17 308	648 220	1496 368
2007	204 581	971	49 347	154 263	2258 193	19 067	686 441	1552 685
2008	207 186	1 007	49 627	156 553	2300 939	20 996	688 503	1591 440
2009	196 497	656	43 919	151 922	2203 589	16 698	609 800	1577 091
2010	204 098	707	50 147	153 243	2317 328	17 174	695 084	1605 070
2011	211 113	829	52 204	158 080	2424 083	19 529	738 262	1666 292
2012	212 438	834	52 772	158 832	2470 199	21 581	757 932	1690 686
2013	218 134	884	54 590	162 660	2525 612	21 657	775 658	1728 297
Neues Ergebnis abzgl. bisheriges Ergebnis in % am bisherigen Ergebnis								
2000	3,4	- 0,1	6,3	2,4	3,5	0,6	4,4	3,2
2001	3,5	1,1	6,0	2,7	3,9	1,4	4,5	3,7
2002	3,3	0,8	6,0	2,5	3,8	1,2	4,3	3,6
2003	3,7	- 0,8	6,4	2,9	3,5	0,8	3,9	3,4
2004	3,6	- 3,8	5,9	2,9	3,6	-0,5	3,6	3,7
2005	3,1	1,1	5,5	2,4	3,6	0,8	3,5	3,7
2006	3,2	0,9	5,1	2,6	3,6	1,0	3,1	3,9
2007	3,4	1,0	5,3	2,8	3,7	0,6	3,4	3,9
2008	3,5	- 0,2	5,1	3,1	3,8	-0,9	3,1	4,2
2009	4,4	5,1	6,1	3,9	4,1	5,1	3,6	4,3
2010	4,4	-10,6	4,9	4,3	3,7	-3,6	2,9	4,1
2011	4,6	6,0	4,8	4,5	3,8	5,8	3,0	4,2
2012	4,1	8,3	7,4	3,0	3,5	8,0	4,1	3,2
2013	3,3	17,9	8,5	1,5	2,9	12,4	4,6	2,1

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Bundesamt. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2014. 2013: Fortschreibungsergebnisse.

2. Hessisches Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigte Veränderung zum Vorjahr)



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Bundesamt. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2014. 2013: Fortschreibungsergebnisse.

typisch. Mit Blick auf die gesamte Zeitreihe lässt sich feststellen, dass die Niveauanhebung in Hessen leicht überdurchschnittlich ausfällt und dies auf einen überdurchschnittlichen Anteil an FuE-Leistungen zurückzuführen ist. Gleichzeitig ist der Anstieg, den die sonstigen Revisionspunkte in Hessen verursachen, leicht unterdurchschnittlich. Wie im Bund insgesamt wird der größte Teil der FuE-Leistungen in Hessen im Verarbeitenden Gewerbe erbracht (für eine Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen siehe Tabelle 2).

Da der relative Anstieg des BIP-Niveaus über die gesamte Zeitreihe ungefähr gleich bleibt, kommt es zu keinen relevanten Änderungen im konjunkturellen Verlauf. Für die Ergebnisse in jeweiligen Preisen ist dies in Schaubild 1 zu erkennen. Die Betrachtung der preisbereinigten Veränderungsdaten bestätigt diesen Befund (Schaubild 2). Für die gesamte Zeitreihe führt die Revision zu einer Verringerung des durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstums von 0,1 Prozentpunkt – in Hessen wie im Bund. Für die Jahre 2012 und 2013 ist zu beachten, dass diese nicht nur der hier dargestellten Generalrevision, sondern auch den turnusmäßigen laufenden Revisionen unterzogen wurden. Ihre Berechnung beruhte auf einer noch unvollständigen Datenbasis. Einen Negativeffekt auf das hessische BIP 2012 hatte

außerdem die Neuberechnung der Wertschöpfung in der Wohnungsvermietung. Das Ergebnis im Krisenjahr 2009 wurde in der nationalen Rechnung in den Dienstleistungsbereichen weiter abgesenkt. Wegen der spezifischen Wirtschaftsstruktur schlägt diese Revision in Hessen stärker auf das BIP durch.

b) Bruttoanlageinvestitionen

Neben der Wertschöpfung sind es vor allem die BAI, die von der veränderten Behandlung von FuE betroffen sind. Gemessen an den relativen Zuwächsen, sind die BAI sogar deutlich stärker betroffen. Die absoluten Zuwächse entsprechen ungefähr denen bei der BWS, die Bezugsgröße ist jedoch deutlich kleiner. Wie im letzten Satz angedeutet, wachsen BWS und BAI durch die FuE-Leistungen nicht exakt im gleichen Umfang. Die Differenz liegt zum einen in den FuE-Käufen des Wirtschaftszweiges „Forschung und Entwicklung“ (Abteilung 72 der WZ 2008) und zum anderen im Außenhandelsaldo, also der Differenz zwischen FuE-Ex- und -Importen. Diejenigen FuE-Leistungen, die exportiert werden, können offensichtlich nicht als Investitionen im Inland verwendet werden. Umgekehrt werden im Inland (z. B. in Hessen) eingesetzte FuE-Ergebnisse bei ihrer Anschaffung auch dann als inländische BAI gebucht, wenn sie im „Rest der

Welt“ (im Beispiel: außerhalb Hessens) produziert und dann importiert wurden. Für den Wirtschaftszweig „Forschung und Entwicklung“ wird unterstellt, dass alle zugekauften FuE-Leistungen Bestandteil der selbst produzierten FuE-Leistungen werden. Auf eine materielle Produktion übertragen hieße das: Die zugekauften Leistungen sind keine Anlagen, die in der Produktion eingesetzt werden, sondern Komponenten, die in das Endprodukt eingebaut werden. Darum werden diese Zukäufe in diesem Wirtschaftszweig weiterhin als Vorleistungen behandelt. Neben diesen unmittelbaren Auswirkungen der neuen Behandlung von FuE ist zu berücksichtigen, dass sich infolge der Zunahme des Anlagevermögens auch die Abschreibungen erhöhen. Dies betrifft alle Bruttogrößen, darunter auch die BAI.

Weitere Revisionspunkte, die sich auf die BAI auswirken, sind die Einstufung von militärischen Waffensystemen als Anlagegüter und die veränderte Behandlung der geringwertigen Wirtschaftsgüter. Die Waffensysteme, die jetzt in den Ausrüstungsinvestitionen erfasst werden, haben dabei deutlich stärkere Effekte. Auch diese Neuerungen erhöhen die Abschreibungen.

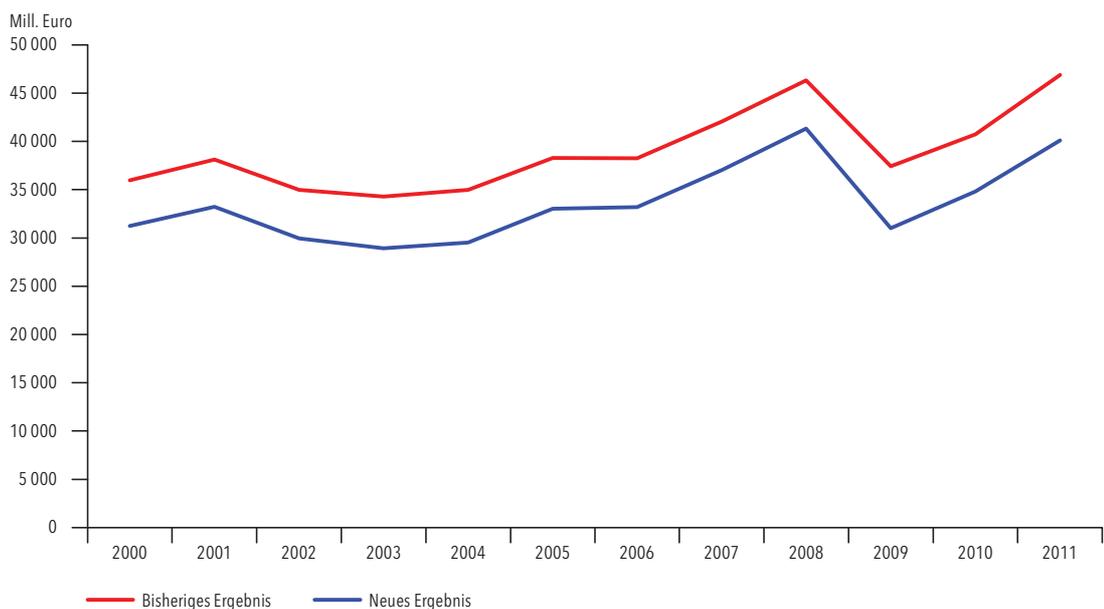
Bei den BAI sind wie bei der Wertschöpfung über die gesamte Zeitreihe Anstiege in im Wesentlichen konstanter Größenordnung festzustellen (Tabelle 3, Schaubild 3). Da die Zu-

3. Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen								
Jahr	Hessen				Deutschland			
	bisheriges Ergebnis	neues Ergebnis	Differenz		bisheriges Ergebnis	neues Ergebnis	Differenz	
	Mill. Euro		in % ¹⁾		Mill. Euro		in % ¹⁾	
2000	31 241	35 962	4 721	15,1	439 550	486 653	47 103	10,7
2001	33 222	38 127	4 905	14,8	421 740	473 334	51 594	12,2
2002	29 956	34 973	5 017	16,7	391 800	443 895	52 095	13,3
2003	28 932	34 279	5 347	18,5	381 950	433 842	51 892	13,6
2004	29 511	34 985	5 474	18,6	381 790	435 830	54 040	14,2
2005	33 015	38 292	5 276	16,0	384 450	437 970	53 520	13,9
2006	33 207	38 270	5 063	15,2	417 820	471 746	53 926	12,9
2007	37 032	42 075	5 043	13,6	447 880	504 443	56 563	12,6
2008	41 348	46 333	4 985	12,1	459 530	518 084	58 554	12,7
2009	31 021	37 431	6 409	20,7	408 650	470 163	61 513	15,1
2010	34 806	40 722	5 916	17,0	435 050	498 023	62 973	14,5
2011	40 096	46 901	6 806	17,0	473 170	544 271	71 101	15,0

¹⁾ Des bisherigen Ergebnisses.
 Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Bundesamt.
 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2014.

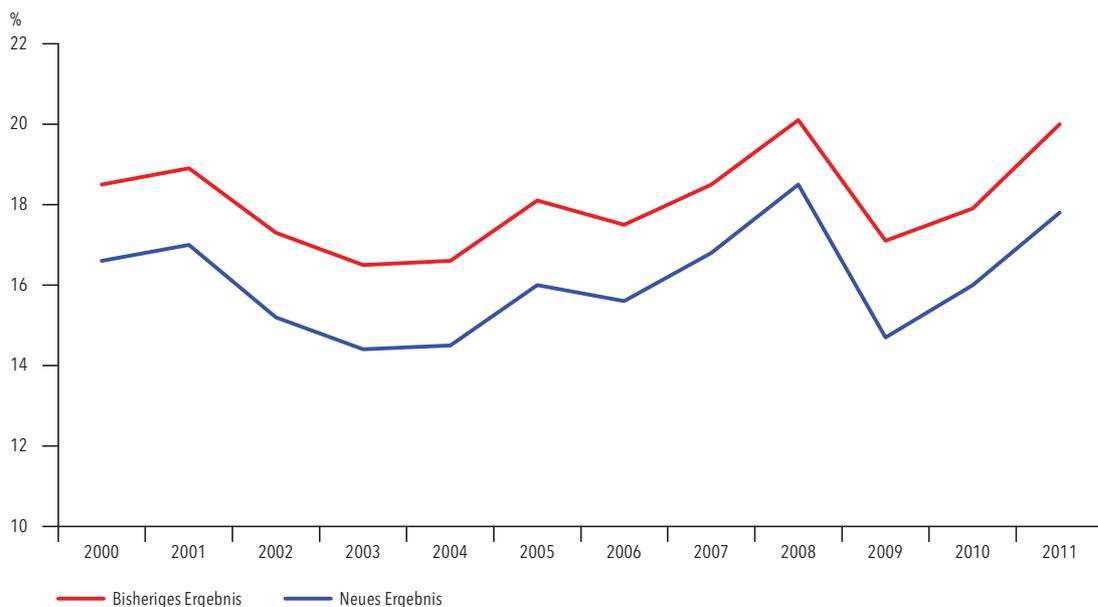
wächse dieses Aggregates stärker von den FuE-Leistungen dominiert sind als die des BIP, fällt hier auch der Vorsprung Hessens vor dem Bund deutlicher aus (Tabellen 1 und 3). Wie eingangs erwähnt, sind die relativen Zuwächse bei den BAI größer als beim BIP, daher ist durch die Revision auch die Investitionsquote gestiegen (Schaubild 4).

3. Hessische Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Bundesamt. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2014.

4. Investitionsquote Hessen



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Bundesamt. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2014.

Ausblick

In diesem Aufsatz wurden die am stärksten von der Revision betroffenen Aggregate „BIP“, „BWS“ und „BAI“ behandelt. Darüber hinaus liegen auch die weiteren Aggregate für die Länderrechnung vor, jeweils in Zeitreihen ab dem Jahr 2000 und basierend auf dem Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes August 2014. Die entsprechenden Ergebnisse für die Kreisebene (BWS und BIP, Arbeitnehmerentgelte, Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte) wurden im November 2015 veröffentlicht. Eine Vervollständigung der Länderergebnisse um die Jahre 1991 bis 1999 wird der Arbeitskreis

„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ Ende März 2016 vorlegen – zeitgleich mit den ersten Berechnungen für das BIP 2015. Dabei werden auch die Jahre ab 2000 überarbeitet. Dies ist notwendig, da das Statistische Bundesamt im September 2015 eine komplett überarbeitete Zeitreihe präsentierte (im Rahmen der üblichen laufenden Revisionen wären nur die Jahre ab 2011 neu berechnet worden).

Weitere Informationen

Eine breite Darstellung der Revision auf Bundesebene bietet der Aufsatz „Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014“ (Räth, N. et al., Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, September 2014, S. 502 ff.). Dem gewichtigsten Thema der Revision widmet sich der Beitrag „Forschung und Entwicklung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ (Adler, W. et al., Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Dezember 2014, S. 703 ff.). Diese Aufsätze und weitere Dokumente sind auf der Internetpräsenz des Statistischen Bundesamtes zu finden (www.destatis.de, Pfad: Publikationen -> Thematische Veröffentlichungen -> Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (im Auswahlmenü am linken Rand) -> Veröffentlichungen für die Bereiche: Methodenpapiere -> Revision 2014). Die Internetseite des Arbeitskreises „Volkswirt-



© ra2 studio - Fotolia.com

schaftliche Gesamtrechnungen“ (www.vgrdl.de) informiert unter dem Titel „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014“ über die Änderungen für die Regionalrechnung (auf der Startseite rechts oben, unmittelbar darunter führt ein Link direkt auf die o. g. Informationsseite von Destatis). Vor allem aus Sicht der regionalen Erwerbstätigenrechnung beleuchtet „Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010“ die Revision (Emmel, W., Hessisches Statistisches Landesamt, Staat und Wirtschaft in Hessen, 70. Jahrgang, Heft 2, Ap-

ril 2015, S. 49 ff.). Die Folgen der Revision für die ökonomische Analyse umreißen Brümmerhoff und Grömling in „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014“ (Wirtschaftsdienst 2014/4, S. 281 ff.).

(Eine kürzere Fassung dieses Artikels erschien im Juni 2015 im Hessischen Konjunkturspiegel für das erste Quartal 2015, herausgegeben von der HA Hessen Agentur GmbH.)

Sanyel Arikan; Tel: 0611 3802-825;
E-Mail: sanyel.arikan@statistik.hessen.de

Hessische Kreiszahlen



Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

■ Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material



über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Regionalverband FrankfurtRhein-Main. Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

Format DIN A 4, Umfang 70 bis 90 Seiten, kartoniert.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die Hessischen Kreiszahlen können als PDF-Datei mit Excel-Anhang im Internet unter www.statistik-hessen.de kostenlos heruntergeladen werden.

STATISTIK HESSEN



W-160-14

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.
Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-950 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik.hessen.de
Internet: www.statistik-hessen.de

Statistische Bibliothek beinhaltet jetzt auch Aufsätze

Seit Juli 2015 werden in die Statistische Bibliothek auch Aufsätze eingepflegt. Nutzerinnen und Nutzer erhalten bei ihrer Recherche somit nicht nur Verweise auf komplette Publikationen, sondern werden auch direkt zum relevanten Aufsatz geführt. Die Erschließung ausgewählter Aufsätze in den elektronischen Amtszeitschriften stellt einen wichtigen Zusatznutzen dar. Bislang wurden über 200 Aufsätze erfasst; insgesamt stehen über 60 000 Publikationen zur Verfügung.



© Visions-AD - Fotolia.com

Die noch im Aufbau befindliche Statistische Bibliothek soll künftig alle elektronischen Veröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder enthalten. Neben den themenorientierten monografischen Publikationen sind dies vor allem die statistischen Berichte und Fachserien. Derzeit werden die Publikationen und Metadaten von allen Statistischen Ämtern, auch für zurückliegende Jahre, schrittweise eingepflegt. Der zentrale Nachweis aller Online-Publikationen im Internet mit der Möglichkeit zum Download der kostenfrei verfügbaren Werke wird intensiv genutzt.

Zusätzlich wurde für die gesetzlich vorgeschriebene Ablieferung an die Deutsche Nationalbibliothek eine Schnittstelle realisiert, über die wöchentlich eine automatisierte Übermittlung (Harvesting-Verfahren) der Publikationen erfolgt.

Aus: StaNet, 5. Oktober 2015

Indikatoren für die UN-Nachhaltigkeitsagenda

Vom 25. bis 27. September 2015 fand in New York der UN-Nachhaltigkeitsgipfel statt. Dort wurde von den Staats- und Regierungschefs die „2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Mit den sogenannten „Sustainable Development Goals“ (SDGs) verpflichteten sich die UN-Mitgliedstaaten, bis 2030 die Lebensverhältnisse heutiger und künftiger Generationen zu verbessern, den Planeten Erde zu schützen, den Frieden zu sichern und nachhaltig zu handeln.

Im Abschlussdokument des Gipfeltreffens wurde auch die wichtige Rolle der amtlichen Statistik festgeschrieben. Sie wird unter Leitung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (UNSC) Indikatoren entwickeln, die die jeweiligen Fortschritte bei der Umsetzung der Ziele messen sollen. Die amtliche Statistik verfügt über die notwendige Neutralität und Unabhängigkeit, um für das Monitoring objektive Daten zur Verfügung zu stellen. Die UNSC hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt (IAEG-SDGs), die bis März 2016 einen Vorschlag für ein Indikatorenset vorlegen wird. Deutschland, vertreten durch das Statistische Bundesamt, gehört zu den 28 Mitgliedern der IAEG-SDGs.

Über die weitere Entwicklung der Indikatoren und die Umsetzung der SDGs berichtet das Statistische Bundesamt im Internetangebot unter 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung.

Aus: Statistisches Bundesamt, Informationen aus der amtlichen Statistik, Heft 3/2015.

Heterogene Datenlandschaft zu „Flucht und Asyl“: Ein Überblick über Produzenten und Angebote

Der Zustrom von Asylbewerbern und sonstigen Schutzsuchenden rückt die amtlichen Daten zum Thema Flucht und Asyl ins öffentliche Interesse. Diese Daten sind jedoch bisher nicht an einer Stelle verfügbar und trotz erster Bemühungen

des Statistischen Bundesamtes noch nicht optimal aufeinander abgestimmt.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) führt Geschäftsstatistik über Asylanträge

Ein wichtiger Lieferant amtlicher statistischer Daten zum Thema Asyl und Flucht ist das BAMF. Es veröffentlicht monatlich aktualisierte Daten zur Entwicklung der in der Bundesrepublik gestellten Asylanträge, den 10 zugangstärksten Herkunftsländern der Antragsteller, den vom Bundesamt getroffenen Entscheidungen über die Asylanträge sowie statistische Daten zu gestellten Übernahme-Ersuchen im Dublinverfahren (Feststellung, welcher EU-Staat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist). Die Statistiken geben zudem darüber Auskunft, wie sich die Daten im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entwickelt haben.

Nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz ist das BAMF im Bereich der Asylstatistiken nationaler Datenlieferant für die Europäische Kommission (Eurostat). Die Asylstatistiken des BAMF sind keine Bundesstatistiken, sondern Geschäftsstatistiken der für Asylverfahren zuständigen Behörde auf Basis des Asylverfahrensgesetzes.

Statistische Ämter werten Leistungen an Asylbewerber aus

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die – zusammen mit den statistischen Ämtern der Ländern aus Daten der Sozialämter erhobene – jährliche Statistik zu „Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen“ (EVAS 22211) sowie die Statistiken über „Empfänger von Asylbewerberleistungen“ zum Stichtag 31.12. jedes Jahres (EVAS 22221) und der „Empfänger von besonderen Asylbewerberleistungen“, ebenfalls jährlich (EVAS 22231), sowie die vierteljährliche „Statistik der Empfänger von Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ (EVAS 22251). Die Daten sind in der Fachserie 13, Reihe 7 veröffentlicht.

Diese Leistungsstatistiken können aber nicht den aktuellen Rand abbilden und decken konzept-

bedingt auch nicht Leistungen an unbegleitete Minderjährige ab, die als Asylbewerber einreisen und aus Mitteln der Kinder- und Jugendhilfe unterstützt werden.

Statistisches Bundesamt wertet Ausländerzentralregister aus

Alle Asylbewerber, auch jene, die ohne vollständige Papiere einreisen, werden vom BAMF im Ausländerzentralregister (AZR) registriert. Für das AZR ist das BAMF als Registerbehörde zuständig; die technische Betreuung liegt beim Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln. Auch alle sonstigen Schutzsuchenden, z. B. Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder Kontingentflüchtlinge, sind im AZR mit ihrem jeweiligen Status registriert. Dies ist entweder durch das BAMF oder eine Ausländerbehörde erfolgt. Im AZR sind alle Ausländer und Ausländerinnen registriert, die keinen deutschen Pass haben und sich nicht nur vorübergehend in



© Marco2811 - Fotolia.com

Deutschland aufhalten. Die Meldung der Daten an das AZR erfolgt durch die jeweiligen Ausländerbehörden, die zumeist auf Kreisebene angesiedelt sind.

Auf Basis des AZR veröffentlicht das BAMF vierteljährlich den „Wanderungsmonitor“, der Informationen über den Aufenthalt ausländischer Staatsbürgerinnen und -bürger in Deutschland zum Zweck der Erwerbstätigkeit enthält („Erwerbsmigration“).

Auf Basis einer Auswertung des AZR veröffentlicht das Statistische Bundesamt jährlich die als Bundesstatistik durchgeführte Ausländerstatistik (EVAS 12521; „Ausländische Bevölke-

rung“, Fachserie 1 Reihe 2). Sie berichtet über die in Deutschland jeweils zum Jahresende ansässigen Ausländerinnen und Ausländer. Tabelliert werden u. a. Staatsangehörigkeit, Familienstand, Alter und Geschlecht sowie Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus und Aufenthaltstitel. Darüber hinaus liegen Angaben



© Jasmin Merdan - Fotolia.com

zu Zuzügen und zu in Deutschland geborenen ausländischen Kindern, sowie zu Fortzügen und zu Sterbefällen in der ausländischen Bevölkerung vor. „Ausländer“ im rechtlichen Sinne sind alle in Deutschland lebenden Personen, die ausschließlich einen ausländischen Pass besitzen. Zuwanderer mit ausschließlich deutschem Pass sowie Doppelstaatler und ihre Nachkommen gelten nicht als Ausländer. Sie sind daher nicht im Ausländerzentralregister registriert und werden nicht in der Ausländerstatistik ausgewiesen.

Informationen über Zuwanderung aus der laufenden Bevölkerungsstatistik

Nach Deutschland eingewanderte Menschen – seien sie Asylbewerber oder nicht – unterliegen der Meldepflicht und werden daher auch von der laufenden Bevölkerungsstatistik erfasst, die auf den Meldedaten beruht. Zwischen Asylantrag und Anmeldung bei der Meldebehörde kann jedoch einige Zeit vergehen, sodass die statistischen Zahlen zu Asylanträgen und Bevölkerungsstatistik nicht parallel laufen.

Schließt sich an die Zuwanderung eine Einbürgerung an, so spiegelt sich dies in der Einbürgerungsstatistik (EVAS 12511, Fachserie 1 Reihe 2.1). Diese Bundesstatistik beruht auf den

jeweils zum 31. Dezember eines Jahres ausgewerteten Angaben der Einbürgerungsbehörden der Länder. Es werden die in Deutschland im Laufe des Berichtsjahres vollzogenen Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern nach bisheriger Staatsangehörigkeit, Rechtsgrund der Einbürgerung, Aufenthaltsdauer, Alter, Familienstand und nach fortbestehender bzw. nicht fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit nachgewiesen.

Die „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ in Deutschland wird im Wesentlichen jährlich auf Basis des Mikrozensus nachgewiesen (Fachserie 1 Reihe 2.2).

EU-Daten zu Asyl und Flüchtlingen bei Eurostat

Amtliche statistische Daten zum Thema Asyl und Flüchtlinge in der EU stellt Eurostat in seiner Eurostat-Datenbank bereit. Die Eurostat-Daten für Deutschland können von den nationalen Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge abweichen. Zu beachten ist z. B., dass die EU-Gesamtzahl der gestellten Asylanträge Erst- und Folgeverfahren umfasst, da nicht alle EU-Mitgliedstaaten diese Zahlen getrennt aufschlüsseln. Sollten innerhalb eines Monats mehrere Asylanträge gestellt werden (Erst- und anschließendes Folgeverfahren), zählt die EU nur einen Antrag; gleiches gilt für getroffene Entscheidungen im Quartal. Entscheidungen zum Dublinverfahren, Verfahrenseinstellungen und Rücknahmen werden von Eurostat nicht als Entscheidungen gezählt

Koordinierung nötig

Um die bestehenden Probleme zu erkennen und abzustellen – darunter auch die widerspruchsfreie Anwendung von Aufenthaltsgesetz und Asylverfahrensgesetz in Bezug auf die Ermittlung der Einwohnerzahl – strebt das Statistische Bundesamt rasch Gespräche mit den zuständigen Behörden (vor allem dem BAMF) an. Insgesamt ist die Harmonisierung der Datenlandschaft zur Migration eine wichtige Aufgabe des Statistischen Bundesamtes.

Aus: Statistisches Bundesamt, Informationen aus der amtlichen Statistik, Heft 3/2015.

Die hessische Umweltwirtschaft

Ergebnisse des Arbeitskreises „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“

Die Umsätze der hessischen Umweltwirtschaft beliefen sich im Jahr 2012 auf 6,1 Mrd. Euro. Dies entsprach einem Anteil von 1,4 % an der hessischen Gesamtwirtschaft. 2 Jahre zuvor entfielen auf die Umweltwirtschaft noch 1,6 % der Gesamtwirtschaft. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Beschäftigten in der Umweltwirtschaft von 25 400 auf 29 200. Diese und weitere Ergebnisse sind in der Gemeinschaftsveröffentlichung 2015 des Arbeitskreises „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (AK UGRdL)¹⁾ enthalten. Im Folgenden werden nach einer kurzen Einführung in die Thematik „Umweltwirtschaft“ ausgewählte Ergebnisse der hessischen Umweltwirtschaft dargestellt. **Von Till Lachmann**

Schwerpunkt der Gemeinschaftsveröffentlichung 2015 des AK UGRdL: Umweltwirtschaft

Im Herbst jeden Jahres veröffentlicht der AK UGRdL in einer Gemeinschaftsveröffentlichung – bestehend aus 3 Bänden – umfassende Länderergebnisse aus dem Umweltbereich. Daten zu diversen Umweltthemen stellen Band 1 in Tabellenform und Band 2 in Grafikform dar. Im Band 3 wird ein ausgewähltes umweltrelevantes Thema eingehend analysiert und textlich ausgearbeitet. Im Oktober 2015 erschienen die aktualisierten Bände 1 und 2 sowie der Textband 3 zum Thema „Umweltwirtschaft“, das in der amtlichen Statistik jüngst an Bedeutung gewinnt. In diesem Analyseband werden neben einem allgemeinen Teil, der insbesondere auf die Methodik der Berechnungen eingeht, die Beiträge der einzelnen statistischen Landesämter über statistische Auswertungsergebnisse zur Umweltwirtschaft in den einzelnen Ländern zusammengestellt. Die folgenden Ausführungen lehnen sich weitgehend an den Beitrag über die Umweltwirtschaft Hessens an.

Statistische Erfassung der Umweltwirtschaft

Abfallbeseitigung und -behandlung, Luftreinhaltung sowie Abwasserreinigung sind längst gang und gäbe und werden bis heute weiterentwickelt. Ingenieure und Techniker entwickeln



© VLA - Fotolia.com

zunehmend umweltfreundliche und effiziente Maschinen, durch deren Einsatz die Belastung der Umwelt möglichst gering ausfällt. Heute gibt es kaum einen Wirtschaftszweig, in dem nicht Fragen zu Umweltauswirkungen und -schutz erörtert werden. Vielmehr sind umweltbezogene Lösungsansätze zwingend notwendig, um Ökonomie nachhaltiger zu gestalten.

Die amtliche Statistik erfasst verschiedene Aspekte des Umwelthandelns. Aus ökonomischer Sicht ist insbesondere die seit 1997 bestehende Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz nach § 12 UStatG zu nennen, bei der Betriebe und Einrichtungen, die umweltrelevante Waren und Leistungen herstellen

¹⁾ Vgl. www.ugrdl.de.

bzw. erbringen, zum Umsatz und zum Umfang der Beschäftigung im umweltrelevanten Bereich befragt werden. Diese Erhebung bildet eine wesentliche Basis für die Betrachtung einer weiter gefassten Umweltwirtschaft als Querschnittsbranche über alle Wirtschaftszweige hinweg. Ge-



© Clarini - Fotolia.com

mäß den Abgrenzungen von Eurostat gehören zu dieser Querschnittsbranche alle Hersteller/Anbieter von Technologien, Gütern und Dienstleistungen, die der Vermeidung von Umweltverschmutzungen bzw. des Ressourcenabbaus dienen²⁾. Eine umfassende Betrachtung der Umweltwirtschaft steckt sowohl auf nationaler Ebene als auch insbesondere auf Länderebene noch in den Anfängen. Statistische Angaben zur Umweltwirtschaft für die Länder wurden erstmals in den Tabellenband der Gemeinschaftsveröffentlichung 2014 des AK UGRdL aufgenommen.

Die Bereiche „Ökologischer Landbau“ und „Erneuerbare Energien“ werden aus methodischen Gründen derzeit noch unzureichend berücksichtigt. Diese werden im Zuge der Weiterentwick-

lung der statistischen Erfassung des „Environmental Goods and Services Sector“ (EGSS) im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 538/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen zukünftig sowohl auf nationaler als auch auf Länderebene stärker berücksichtigt. Es gibt auch Überlegungen, Bereiche wie „Ökotourismus“ und „Nachhaltige Mobilität“ in die Berechnungen aufzunehmen. Die Produktion von Maschinen sowie damit verbundene Dienstleistungen, wie die Wartung von Geräten für den „Ökologischen Landbau“ und die „Erneuerbaren Energien“, werden jedoch in der o. g. Erhebung erfasst.

Die Erhebung nach § 12 UStatG ist zudem in zweierlei Hinsicht begrenzt. Zum einen erfasst sie nur Betriebe ab einer gewissen Größe bzw. Beschäftigtenzahl³⁾, zum anderen wird der Entsorgungssektor nicht berücksichtigt. Für eine Gesamtbetrachtung der Umweltwirtschaft wird den Ergebnissen dieser Erhebung der Beitrag von „kleineren“ Betrieben anhand bestimmter Kriterien bzw. Hochrechnungsfaktoren hinzugeschätzt. Ferner werden Ergebnisse für den Entsorgungssektor, die auf einer eigenständigen Kostenstrukturerhebung im Bereich der Entsorgerbranche basieren, hinzugerechnet⁴⁾.

Die folgende Betrachtung geht zunächst auf zentrale Ergebnisse der Erhebung nach § 12 UStatG, und zwar sowohl nach Wirtschaftszweigen als auch nach Umweltbereichen, und anschließend auf diejenigen zur weiter gefassten Umweltwirtschaft ein. Betrachtet werden hierbei die Größen „Umsatz“ und „Beschäftigte“ (in Vollzeitäquivalenten)⁵⁾.

Erhebung nach § 12 UStatG: Umsatzrückgang in Hessen

Gemäß den Ergebnissen der Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz gab es im Jahr 2013 in Hessen 403 „größere“ Einheiten, d. h. Betriebe, Körperschaften und sonstige Einrichtungen, die Güter bzw. Dienstleistungen für den Umweltschutz produzierten bzw. erbrachten. Diese beschäftigten – in Vollzeitäquivalenten betrachtet – rund 14 300

2) Vgl. Verordnung (EU) Nr. 538/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen.

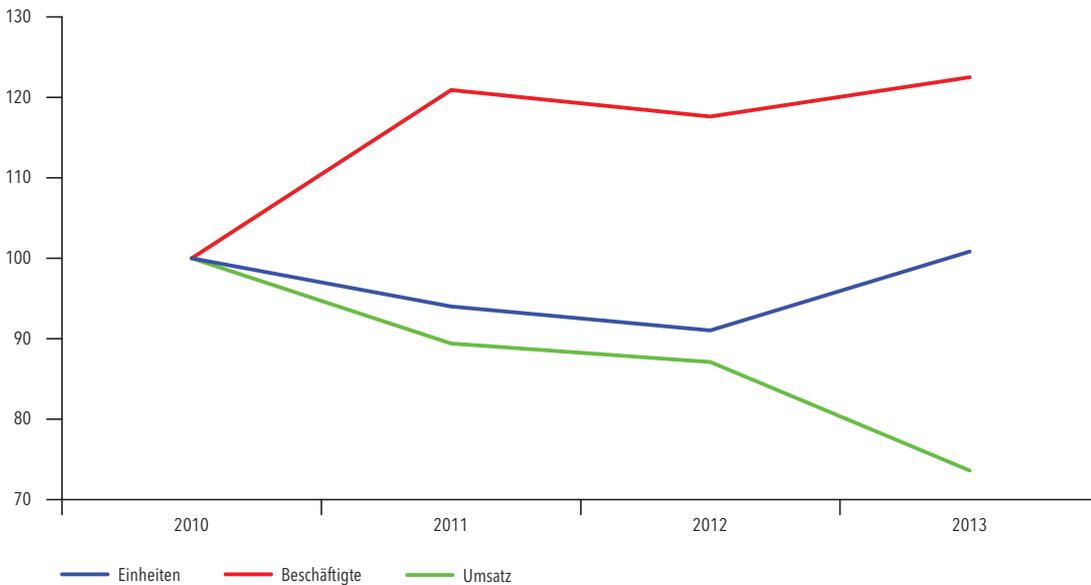
3) Bei der Erhebung nach § 12 UStatG werden Betriebe erfasst, die eine Mindestgröße bzw. -beschäftigtenzahl überschreiten. Die Abschneidegrenze unterscheidet sich in Abhängigkeit der jeweiligen Wirtschaftszweige.

4) Ausführliche Informationen zur Berechnungsmethodik in der Umweltwirtschaft enthält der allgemeine Teil des Bandes 3 der Gemeinschaftsveröffentlichung 2015 des AK UGRdL.

5) Detaillierte Angaben für 2010 bis 2012 (weiter gefasste Umweltwirtschaft) bzw. 2013 (Ergebnisse der Erhebung nach § 12 UStatG) liegen in der o. g. Gemeinschaftsveröffentlichung 2015 vor.

Einschränkend ist anzumerken, dass die Erhebung nach § 12 UStatG ab 2011 der überarbeiteten Abgrenzung der Wirtschaftszweige der amtlichen Statistik folgt und somit v. a. tiefer gegliederte Ergebnisse ab 2011 nur eingeschränkt mit denjenigen von 2010 vergleichbar sind. Die Ergebnisse für das Land Hessen (wie auch für die anderen Länder) wurden vom Bayerischen Landesamt für Statistik im Rahmen seiner Koordinierungsaufgabe „Umweltwirtschaft“ im Auftrag des AK UGRdL zusammengestellt bzw. errechnet.

1) Einheiten¹⁾, Beschäftigte und Umsatz für den Umweltschutz in Hessen 2010 bis 2013²⁾ (2010 = 100)



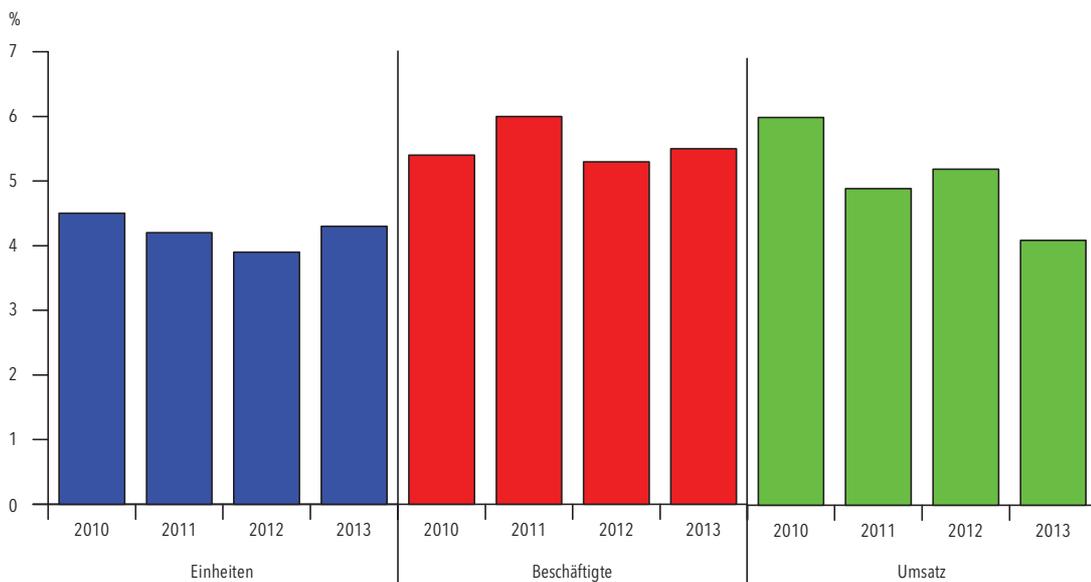
1) (Größere) Betriebe, Körperschaften und sonstige Einrichtungen. – 2) Ergebnisse der Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz.

Personen. Damit wurde die höchste Anzahl an Einheiten und Beschäftigten im Zeitraum 2010 bis 2013 erreicht. Die niedrigste Anzahl an Einheiten in diesem Zeitraum wurde im Jahr 2012 mit 364 (10 % weniger als 2013) und an Beschäftigten im Jahr 2010 mit gut 11 600 (18 % weniger als 2013; 2012: 13 700) ermittelt. Im Gegensatz dazu ging der Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz im betrachteten Zeitraum kontinuierlich zurück, und zwar von 3,68 Mrd. Euro im Jahr 2010 um gut ein Viertel auf 2,71 Mrd. Euro im Jahr 2013

(2011: 3,29 Mrd. Euro; 2012: 3,21 Mrd. Euro; siehe Schaubild 1). Der Auslandsumsatz stieg zunächst von 1,29 Mrd. Euro im Jahr 2010 leicht auf 1,39 Mrd. Euro im Jahr 2012, bevor er im Folgejahr um gut ein Viertel auf 1,03 Mrd. Euro zurückfiel. 2012 bzw. 2013 hatte der Auslandsumsatz einen Anteil von 43 bzw. 38 % am gesamten Umsatz.

Bundesweit stieg die Zahl der Einheiten von 8900 im Jahr 2010 um 4,7 % auf 9300 in den Jahren 2012 und 2013. Deutlich stärker legte die Zahl der Beschäftigten – in Vollzeitäquivalenten

2. Einheiten¹⁾, Beschäftigte und Umsatz für den Umweltschutz in Hessen 2010 bis 2013²⁾ (Anteil an Deutschland)



1) (Größere) Betriebe, Körperschaften und sonstige Einrichtungen. – 2) Ergebnisse der Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz.

1. Einheiten¹⁾, Beschäftigte und Umsatz für den Umweltschutz in Hessen 2012 nach Wirtschaftsabschnitten und ausgewählten Wirtschaftszweigen²⁾

Nr. ³⁾	Wirtschaftsabschnitt Wirtschaftszweig ⁴⁾	Einheiten mit Umsatz von Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz	Beschäftigte für den Umweltschutz	Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz	
				insgesamt	darunter im Ausland
1000 Euro					
C	Verarbeitendes Gewerbe	100	9 418	2 633 181	1 339 610
20	darunter H. v. chem. Erzeugnissen	3	47	.	.
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	23	672	118 160	17 814
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, V. v. Steinen u. Erden	12	310	42 284	3 800
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	3	482	156 372	116 509
25	H. v. Metallerzeugnissen	13	1 740	533 819	277 025
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	3	84	14 181	6 067
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	3	4 687	1 497 331	846 263
28	Maschinenbau	34	1 181	171 826	44 818
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	–	–	–	–
F	Baugewerbe	143	2 434	313 258	562
41	davon Hochbau	19	273	41 549	–
42	Tiefbau	57	1 265	150 517	54
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe	67	896	121 192	508
M	Erbringung v. freiberuflichen, wissenschaftlichen u. technischen Dienstleistungen	113	1 554	196 566	38 481
71	darunter Architektur- u. Ingenieurbüros; technische, physikalische u. chemische Untersuchung	95	1 063	123 425	19 560
72	Forschung u. Entwicklung	4	137	13 632	8 634
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Tätigkeiten	9	103	5 789	1 742
	Sonstige Wirtschaftsabschnitte	8	278	64 137	7 495
	I n s g e s a m t	364	13 684	3 207 142	1 386 147

1) (Größere) Betriebe, Körperschaften und sonstige Einrichtungen. – 2) Ergebnisse der Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz. – 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). – 4) H. v. = Herstellung von; V. v. = Verarbeitung von; a. n. g. = anderweitig nicht genannt.

– von 216 000 im Jahr 2010 auf 256 500 im Jahr 2012 und 258 700 im Jahr 2013 zu. Die Umsatzentwicklung war verhalten: 2013 lag der bundesweite Umsatz mit 66,47 Mrd. Euro etwa auf dem

selben Niveau wie 2011; und in den Jahren 2010 und 2012 war er 8 bzw. 7 % niedriger als 2013. Die Anteile des Auslandsumsatzes entsprachen 2012 (39 %) und 2013 (43 %) etwa denjenigen von Hessen.

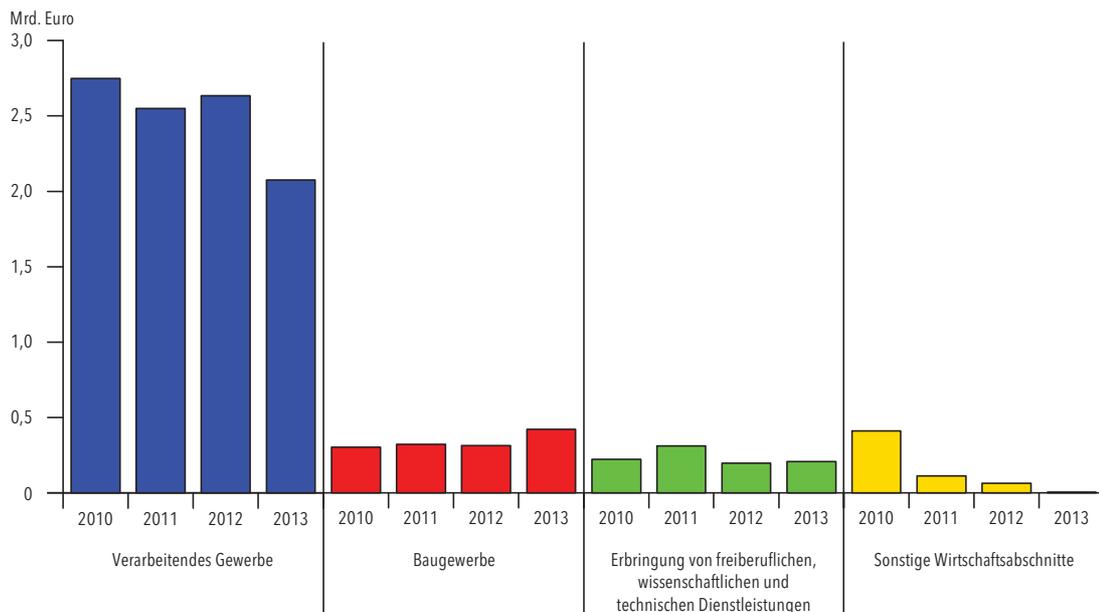
In den Jahren 2012 und 2013 entfielen 3,9 bzw. 4,3 % der bundesweiten Einheiten auf Hessen und damit etwa so viele wie auf Mecklenburg-Vorpommern (3,9 bzw. 3,7 %). Der Anteil der Beschäftigten in Hessen an den Beschäftigten in Deutschland betrug 5,3 (2012) bzw. 5,5 % (2013) und war damit geringfügig höher als in den ostdeutschen Ländern Sachsen (4,6 bzw. 4,7 %), Sachsen-Anhalt (4,8 bzw. 4,2 %) und Thüringen (4,7 bzw. 4,0 %). Vom bundesweiten Umsatz wurden 5,2 % (2012) bzw. 4,1 % (2013) in Hessen generiert (siehe Schaubild 2). Geringere Umsatzanteile erzielten 10 weitere Bundesländer (einschl. Stadtstaaten) mit Anteilswerten von bis zu 4,4 (2012: Sachsen) bzw. 3,9 % (2013: Thüringen).

Schwerpunkt der Umweltökonomie im Verarbeitenden Gewerbe

Sowohl in Hessen als auch in Deutschland entfielen die meisten der im Umweltschutz tätigen Einheiten, und zwar 2012 und 2013 jeweils 4 von 10 Einheiten insgesamt, auf den Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe“ (Hessen 2012: 39 %, 2013: 43 %; Deutschland 2012 und 2013: 39 %). Die meisten Beschäftigten waren im gesamten Zeitraum jedoch im Wirtschaftsabschnitt „Verarbeitendes Gewerbe“ zu finden, und zwar 2012 und 2013 in Hessen 69 % der Beschäftigten (siehe Tabelle 1) und in Deutschland 66 %. Auf den Wirtschaftsabschnitt „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ kamen in Hessen 31 (2012) bzw. 27 % (2013) der Einheiten (Deutschland: jeweils 28 %) und jeweils 11 % der Beschäftigten (Deutschland: jeweils 14 %).

Noch bedeutender erscheint das Verarbeitende Gewerbe im Hinblick auf den Umsatz mit umweltbezogenen Waren und Leistungen. In Hessen erbrachte es 2012 82 % (Deutschland: 75 %) und 2013 wie in Deutschland 77 % des Umsatzes aller betrachteten Wirtschaftsabschnitte (siehe Schaubild 3). Auffallend ist dabei die starke Exportorientierung. In Hessen erzielte das Verar-

3. Umsatz für den Umweltschutz in Hessen 2010 bis 2013 nach Wirtschaftsabschnitten¹⁾



1) Ergebnisse der Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz.

beitende Gewerbe 51 (2012) bzw. 45 % (2013) seines Umsatzes im Ausland; damit entfielen darauf 97 (2012) bzw. 91 % (2013) des Auslandsumsatzes aller betrachteten Wirtschaftsabschnitte.

In Hessen hatte im Jahr 2012 der Abschnitt „Verarbeitendes Gewerbe“ von allen 4 betrachteten Wirtschaftsabschnitten die höchsten Anteile an den Beschäftigten (5,6 %) und am Umsatz (5,7 %) der jeweiligen Wirtschaftsabschnitte des Bundes. Im Jahr 2013 wurde dieser vom Abschnitt „Baugewerbe“ mit Anteilen von 6,0 % bei den Beschäftigten und 6,7 % beim Umsatz abgelöst.

Umweltrelevante Elektrotechnik und Metallindustrie in Hessen stark vertreten

Hessenspezifische Besonderheiten im Vergleich zu Deutschland stellen sich durch einen Blick auf einzelne Wirtschaftszweige heraus. In erster Linie ist hier die Elektrotechnik zu nennen: Zwar sank der Umsatz der hessischen Einheiten im elektrotechnischen Zweig mit umweltbezogenen Waren und Leistungen von 2,0 Mrd. Euro im Jahr 2010 deutlich auf 1,5 Mrd. Euro im Jahr 2012 und weiter um rund die Hälfte auf 0,71 Mrd. Euro im Jahr 2013, und zwar bei einer umweltschutzbezogenen Beschäftigtenzahl (in Vollzeitäquivalenten) zwischen 4000 und 4700. Damit ging sein Anteil am gesamten hessischen Umsatz mit umweltrelevanten Waren und Leistungen von 54 % im

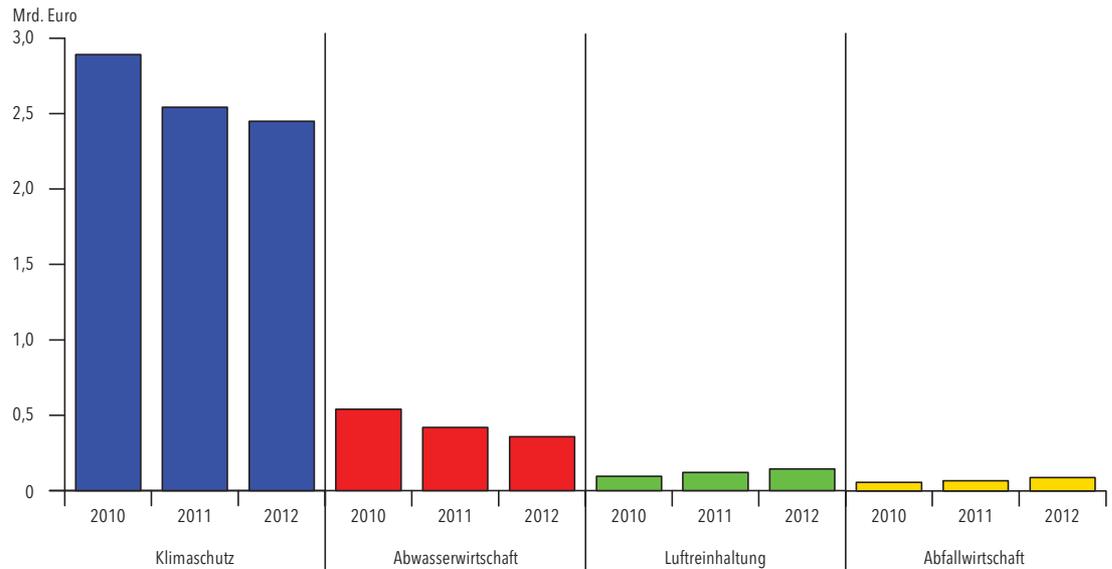
Jahr 2010 über 47 % (2011 und 2012) auf immer noch bedeutende 26 % im Jahr 2013 zurück. Ebenso nahm der Anteil am bundesweiten Umsatz mit Produkten für den Umweltschutz in diesem Wirtschaftszweig von 33 % im Jahr 2011 über 28 (2012) auf 9,6 % im Jahr 2013 ab.

Hervorzuheben ist auch der zusammengefasste Wirtschaftszweig „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“. 2012 erzielte er in Hessen einen umweltschutzrelevanten Umsatz von 0,69 Mrd. Euro und 2013 einen von 0,50 Mrd. Euro. Sein Anteil am gesamten hessischen Umsatz mit Produkten für den Umweltschutz betrug im Jahr 2012 22 % und im Jahr 2013 18 %; der Anteil am bundesweiten Umsatz dieses Wirtschaftszweiges mit umweltrelevanten Produkten betrug 34 (2012) bzw. 22 % (2013). Im Bundesvergleich annähernd gleich bedeutsam sind auch Hoch- und Tiefbau mit Anteilen am jeweiligen bundesweiten Umsatz im Jahr 2013 von 6,0 % oder mehr (im Tiefbau bereits im Jahr 2012).

Bedeutende Rolle Hessens im Umweltbereich „Solarenergie“

Eine andere Perspektive ergibt sich durch die Zuordnung der betrachteten Einheiten und des Umsatzes nach Umweltbereichen. Eindeutiger Schwerpunkt der umweltökonomischen Aktivitäten ist der Klimaschutz. Diesem Umweltbereich

4. Umsatz für den Umweltschutz in Hessen 2010 bis 2013 nach ausgewählten Umweltbereichen¹⁾



1) Ergebnisse der Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz.

waren 2012 in Hessen 2,45 Mrd. Euro bzw. 76 % und in Deutschland 40,3 Mrd. Euro bzw. 65 % des Umsatzes mit umweltrelevanten Produkten zugeordnet – ähnlich wie in den Jahren zuvor und im

folgenden Jahr (siehe Schaubild 4). Nennenswert sind noch die Umweltbereiche „Abwasserwirtschaft“ mit Umsatzanteilen im Jahr 2012 von je 11 % in Hessen (0,36 Mrd. Euro) und Deutschland (6,53 Mrd. Euro) sowie „Luftreinhaltung“ mit Umsatzanteilen von 4,5 (Hessen; 0,15 Mrd. Euro) bzw. 11 % (Deutschland; 6,57 Mrd. Euro).

Der Umweltbereich „Klimaschutz“ lässt sich wiederum nach Energiebereichen unterteilen (siehe Tabelle 2). Hier ragt in Hessen die Solarenergiebranche besonders hervor. 2012 betrug der Anteil des Umsatzes (1,83 Mrd. Euro) in diesem Bereich am hessischen Umsatz im Umweltbereich „Klimaschutz“ 75 % und am hessischen Umsatz mit Produkten für den Umweltschutz insgesamt 57 % (Deutschland: 24 bzw. 15 %).

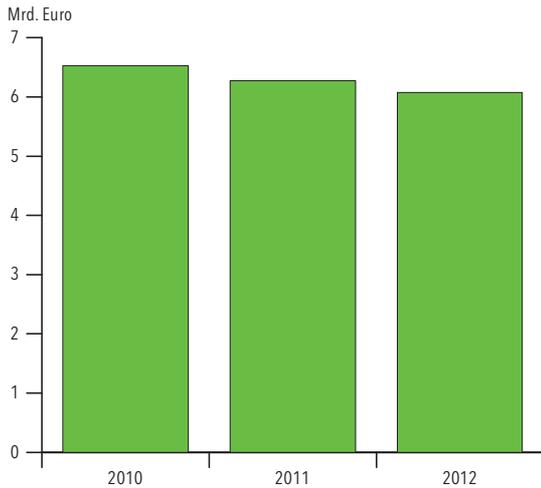
Im Hinblick auf den Anteil des hessischen Umsatzes am Bundesumsatz nach Umweltbereichen wies im Jahr 2012 der Umweltbereich „Arten- und Landschaftsschutz“ (mit einem Umsatz auf niedrigerem Niveau von 0,02 Mrd. Euro) den höchsten Bundesumsatzanteil von 8,9 % auf, gefolgt vom Umweltbereich „Klimaschutz“ mit 6,1 % (bei beiden Umweltbereichen gibt es für Hessen aus Geheimhaltungsgründen keine konkreten Angaben für 2013). Innerhalb des Bereichs „Klimaschutz“ sticht insbesondere die Solarenergiebranche mit einem Anteil am bundesweiten Umsatz im Jahr 2012 (und auch im Jahr 2013) von 19 % hervor. Damit lag ein

2. Einheiten¹⁾ und Umsatz für den Umweltschutz in Hessen 2012 nach Umweltbereichen²⁾

Umweltbereich	Einheiten mit Umsatz von Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz ³⁾	Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz	
		insgesamt	darunter im Ausland
1000 Euro			
Abfallwirtschaft ⁴⁾	44	86 931	20 292
dar. Erzeugnisse zur Sammlung und Beförderung von Abfällen	8	37 470	11 792
Abwasserwirtschaft ⁴⁾	138	358 259	42 100
dar. Erzeugnisse zur Abwasserbehandlung	39	60 711	16 883
Lärmbekämpfung	26	19 479	585
Luftreinhaltung	32	145 667	88 287
Arten- und Landschaftsschutz	27	21 569	3 623
Schutz und Sanierung von Boden, Grund- und Oberflächenwasser ⁴⁾	35	37 478	7 850
Klimaschutz	163	2 449 134	1 199 111
darunter			
Windenergie	12	37 817	2 341
Bioenergie	33	105 798	58 546
Solarenergie	61	1 829 778	1 008 231
Verbesserung der Energieeffizienz	58	208 715	33 854
Umweltbereichsübergreifend	28	88 624	24 298
Insgesamt	364	3 207 142	1 386 147

1) (Größere) Betriebe, Körperschaften und sonstige Einrichtungen. – 2) Ergebnisse der Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz. – 3) Mehrfachzählungen möglich. – 4) Ohne Entsorgungsdienstleistungen.

5. Umsatz der (weiter gefassten) Umweltwirtschaft in Hessen 2010 bis 2012¹⁾



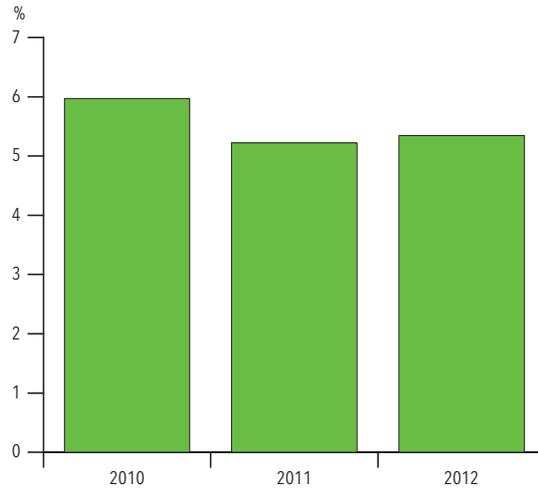
1) Ergebnisse des AK UGRdL.

Schwerpunkt des bundesweiten Umsatzes der Solarenergiebranche in Hessen.

Auch in weiter gefasster Umweltwirtschaft: Umsatzrückgang in Hessen

Nach Zurechnungen der Beiträge von „kleineren“ Betrieben sowie des Entsorgungssektors zu den oben aufgeführten Ergebnissen der Erhebung nach § 12 UStatG errechnet sich für die hessische Umweltwirtschaft im Jahr 2010 ein Umsatz von 6,53 Mrd. Euro. Dieser sank kontinuierlich um 6,9 % auf 6,07 Mrd. Euro im Jahr 2012 (siehe

6. Umsatz der (weiter gefassten) Umweltwirtschaft in Hessen 2010 bis 2012¹⁾ (Anteil an Deutschland)

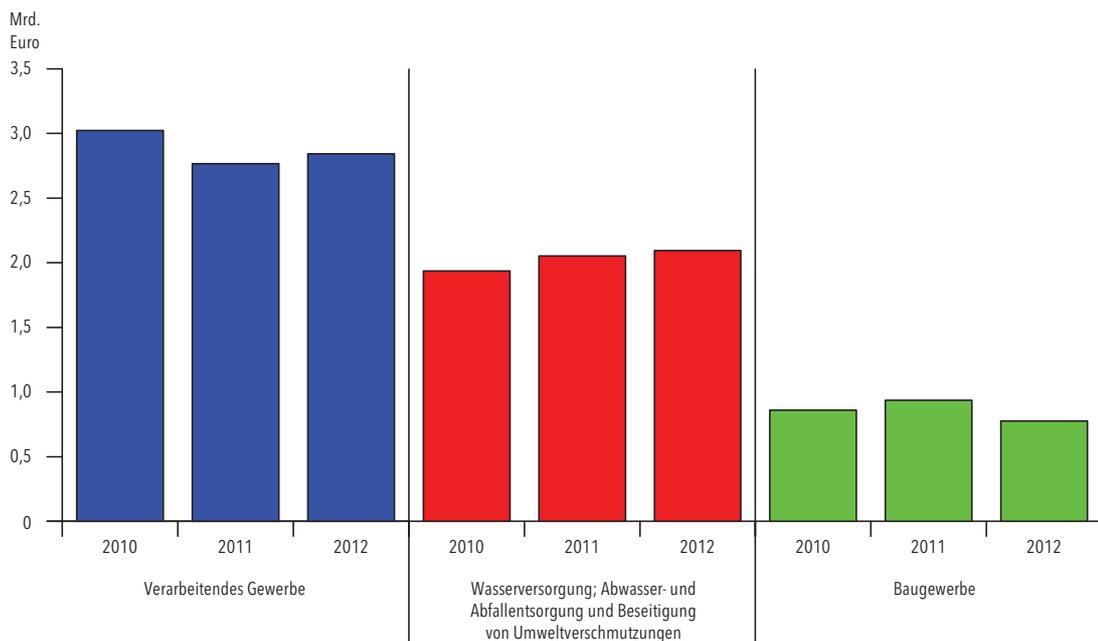


1) Ergebnisse des AK UGRdL.

Schaubild 5). Eine andere Entwicklung zeichnet sich für Deutschland ab: Der bundesweite Umsatz stieg von 109,32 Mrd. Euro um 3,9 % auf 113,58 Mrd. Euro. Damit ging ein Rückgang des hessischen Anteils der Umsätze in der Umweltwirtschaft an den entsprechenden bundesweiten Umsätzen von 6,0 % im Jahr 2010 auf 5,3 % im Jahr 2012 einher (siehe Schaubild 6).

Am hessischen Umsatz mit umweltrelevanten Produkten war das Verarbeitende Gewerbe am stärksten beteiligt. Dieses trug dazu 2010 mit 3,02 Mrd. Euro bzw. 46 % und 2012 mit

7. Umsatz der (weiter gefassten) Umweltwirtschaft in Hessen 2010 bis 2012 nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten¹⁾²⁾



1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). – 2) Ergebnisse des AK UGRdL.

2,84 Mrd. Euro bzw. 47 % bei. Auf die Wasser- und Abfallwirtschaft entfielen im Jahr 2010 1,94 Mrd. Euro bzw. 30 % und im Jahr 2012 2,09 Mrd. Euro bzw. 34 %. Das Baugewerbe hatte in beiden Jahren einen Anteil von 13 % am Umsatz der hessischen Umweltwirtschaft. Im Gegensatz zur rückläufigen Umsatzentwicklung beim Verarbeitenden Gewerbe und beim Baugewerbe legte der Umsatz in der Wasser- und Abfallwirtschaft im betrachteten Zeitraum um 8,2 % zu (siehe Schaubild 7).

Bei einem Vergleich der Umsätze von Hessen und Deutschland nach Wirtschaftsabschnitten lässt sich vereinfachend zusammenfassen, dass der Anteil der Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes, des Baugewerbes sowie der Wasser- und Abfallwirtschaft in der Umweltwirtschaft an den entsprechenden bundesweiten Umsätzen im betrachteten Zeitraum jeweils zwischen 4,9 und 6,3 % lag.

Zunahme der Beschäftigung in hessischer Umweltwirtschaft

Für 2010 wurden in der hessischen Umweltwirtschaft 25 400 Beschäftigte (in Vollzeitäquivalenten) errechnet. Bis 2012 erfolgte – im Gegensatz zur oben aufgezeigten rückläufigen Umsatzentwicklung – ein deutlicher Beschäftigungszuwachs um 15 % auf 29 200 (siehe Schaubild 8). Auf Bundesebene nahm die Beschäftigtenzahl (2010: 422 900, 2012: 487 400) ebenfalls um 15 % zu. Damit blieb der Anteil der Beschäftig-

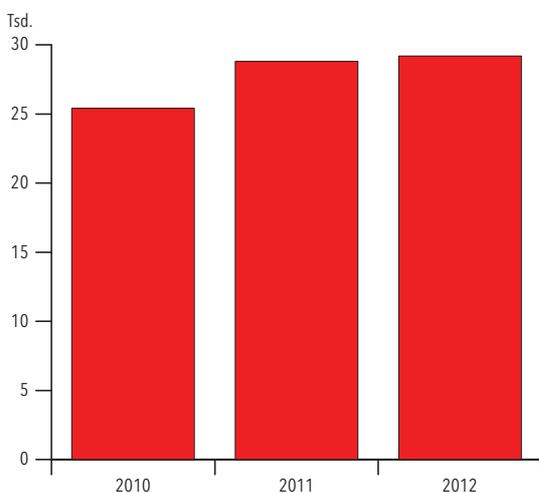
ten in Hessen an den bundesweit Beschäftigten konstant bei 6,0 %.

Jedoch war im betrachteten Zeitraum die Beschäftigtenentwicklung in den Wirtschaftsabschnitten uneinheitlich: Während immer weniger Beschäftigte (umweltrelevante) Bauleistungen sowohl in Hessen als auch in Deutschland erbrachten (- 6,9 bzw. - 1,3 %), waren im (umweltrelevanten) Verarbeitenden Gewerbe in beiden Regionen immer mehr Personen tätig (Hessen: + 37 %; Deutschland: + 20 %). 2012 entfielen von den Beschäftigten in der hessischen Umweltwirtschaft 34 % auf das Verarbeitende Gewerbe (2010: 29 %), 19 % auf das Baugewerbe (2010: 23 %) und 47 % auf sonstige Bereiche (2010: 48 %), darunter die Wasser- und Abfallwirtschaft.

Bedeutung der hessischen Umweltwirtschaft im Ländervergleich unterdurchschnittlich

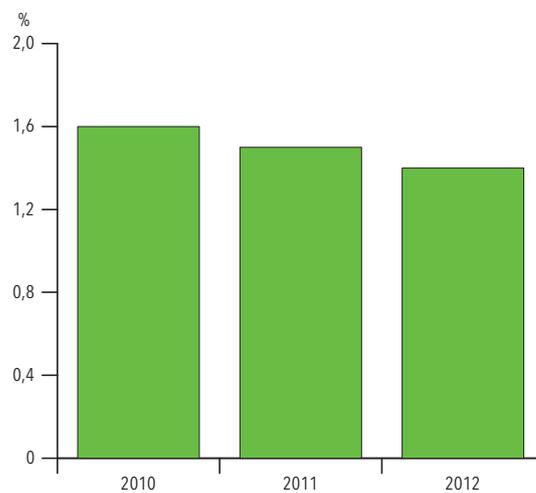
Auf Bundesebene betragen in den Jahren 2010 und 2012 die Anteile der Umsätze der Umweltwirtschaft an den Umsätzen der Gesamtwirtschaft 2,3 bzw. 2,2 %. In Hessen entfiel im Jahr 2010 auf die Umsätze der Umweltwirtschaft ein Anteil von 1,6 % der Umsätze der Gesamtwirtschaft. In der Folgezeit sank dieser auf 1,5 % im Jahr 2011 und weiter auf 1,4 % im Jahr 2012 (siehe Schaubild 9). Im Bundesvergleich war die Bedeutung der Umweltwirtschaft in Hessen also weniger stark ausgeprägt. Schwächer war

8. Beschäftigte der (weiter gefassten) Umweltwirtschaft in Hessen 2010 bis 2012¹⁾ (in Vollzeitäquivalenten)



1) Ergebnisse des AK UGRdL.

9. Umsatz der (weiter gefassten) Umweltwirtschaft in Hessen 2010 bis 2012¹⁾ (Anteil an der Gesamtwirtschaft)



1) Ergebnisse des AK UGRdL.

sie im Stadtstaat Hamburg, wo der Umsatzanteil der Umweltwirtschaft zuletzt bei 0,9 % lag. Am höchsten fiel der entsprechende Anteil im Saarland (4,1 %) und in Rheinland-Pfalz (3,9 %) aus.

Die Bedeutung der Umweltwirtschaft ist in den betrachteten Wirtschaftsabschnitten unterschiedlich stark ausgeprägt. Die mit Abstand größte Rolle spielten die Umsätze mit umweltrelevanten Produkten und Dienstleistungen in

der Wasser- und Abfallbeseitigung. In diesem Wirtschaftszweig entfielen in Hessen 2010 und 2012 rund 66 % der gesamten Umsätze auf die Umweltwirtschaft. Im Baugewerbe lag der Umsatzanteil zuletzt bei 4,3 % und im Verarbeitenden Gewerbe bei 2,5 %.

Till Lachmann;
E-Mail: till.lachmann@statistik.hessen.de

Hebesätze der Realsteuern



Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

STATISTIK HESSEN

■ Die jährlich herausgegebene Veröffentlichung „Hebesätze der Realsteuern“ enthält für alle Gemeinden und Städte Deutschlands die Hebesätze der

- Grundsteuer A
- Grundsteuer B
- Gewerbesteuer

Außerdem enthält die Publikation die Einwohnerzahlen zum Stichtag 30. Juni, um die Möglichkeit der Bildung von Einwohnergrößenklassen zu schaffen. Die Hebesätze sind entweder für alle Gemeinden Deutschlands oder gezielt für die Gemeinden einzelner Bundesländer abrufbar.

Die Hebesätze werden von den kommunalen Körperschaften zur Festsetzung der durch den Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A), für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B) bzw. als Gewerbetreibender (Gewerbesteuer) zu entrichtenden Steuer autonom bestimmt.

„Hebesätze der Realsteuern“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Die Publikation kann im Internet unter www.statistik-portal.de kostenlos heruntergeladen werden.



W-115-14

© onypix - Fotolia.com

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-950 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik.hessen.de

Internet: www.statistik-hessen.de

Buchbesprechungen

Nachhaltige Entwicklung

Aus der Perspektive verschiedener Disziplinen. Reihe Nachhaltige Entwicklung, Band 6; herausgegeben von Michael von Hauff, 235 Seiten, kartoniert, 42,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014.

Nachhaltige Entwicklung hat in vielen wissenschaftlichen Disziplinen Einzug gehalten. Gegenwärtig findet sie jedoch eher von einer Minderheit der Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Disziplinen eine kontinuierliche wissenschaftliche Zuwendung. Dennoch wächst die Literatur, die in einzelnen Disziplinen entsteht, zum Teil rasch an. Auch die Forschungsergebnisse aus Forschungsprojekten zur nachhaltigen Entwicklung nehmen ständig zu. Ganz selten kommt es bisher aber zwischen den Vertretern wissenschaftlicher Disziplinen zu einem Austausch über den jeweiligen Zugang zu nachhaltiger Entwicklung, da die meisten Nachhaltigkeitsforscherinnen und -forscher mit wichtigen Fragestellungen bzw. Begründungszusammenhängen innerhalb der eigenen Disziplin beschäftigt sind. Der vorliegende Band zielt darauf ab, darzustellen, wie nachhaltige Entwicklung in ganz unterschiedliche Disziplinen Eingang gefunden hat und dort diskutiert wird.

7591

Schwerbehindertenrecht

Basiskommentar zum SGB IX mit Wahlordnung. Von Werner Felde, Bettina Fraunhofer, Rainer Rehwald, Bernd Westermann und Harald Witt, 12., überarbeitete und aktualisierte Auflage, 499 Seiten, kartoniert, 39,90 Euro, Bund Verlag, Frankfurt am Main 2015.

Im Fokus des SGB-IX-Kommentars stehen die jüngsten Entwicklungen im Schwerbehindertenrecht. Er geht auf die Inklusionsdebatte ein, die von der UN-Behindertenrechtskonvention ausgelöst worden ist, und berücksichtigt den Kontext des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Die Kommentierung widmet sich ausführlich der neuesten Rechtsprechung zum Anspruch auf Betriebliches Eingliederungsmanagement oder zur Möglichkeit, Zusatzurlaub abzugelten. Anhand von Fallbeschreibungen zeigt der bewährte SGB-IX-Kommentar, was die Regelungen zur „Teilhabe behinderter Menschen“ für den Schutz und die Förderung behinderter Beschäftigter bedeuten. Er liefert aktuelle Erläuterungen zur Rechtslage und stellt die Bestimmungen des 2. Teils des SGB IX verständlich dar. Die Schwerpunkte: Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft und die Gleichstellung – Das System von Beschäftigungspflicht und Ausgleichsabgabe – Die beschäftigungsfördernden Instrumente des SGB IX – Die Rechte der schwerbehinderten Menschen – Diskriminierungsschutz – Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten des Betriebs- und Personalrats sowie der Schwerbehindertenvertretung – Prävention und betriebliches Eingliederungsmanagement – Personalpolitik.

7610

Was heißt: In Würde sterben?

Wider die Normalisierung des Tötens. Herausgegeben von Thomas Sören Hoffmann und Marcus Knaup, 314 Seiten, kartoniert, 19,99 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2015.

Aktuell werden Themen wie die gesetzliche Regelung der ärztlichen Suizidbeihilfe oder die Euthanasie immer wieder ins Zentrum gesellschaftlicher Debatten gerückt. Unterschiedliche Medien greifen die Frage der Suizidbeihilfe auf und diskutieren, wie ein „selbstbestimmtes Sterben“ aussehen kann. Welche medizinischen, rechtlichen, ethischen, philosophischen und theologischen Aspekte gilt es zu berücksichtigen? Der vorliegende Band macht die Frage der ärztlichen Suizidassistenten zum Thema. Experten unterschiedlicher Fachdisziplinen beleuchten kritisch die in der Sterbehilfe-Debatte vorgebrachten Argumente und beantworten die Frage, wie ein würdiges Sterben aussehen könnte. Der Band gliedert sich in 4 Hauptkapitel: Politik und Recht – Medizin und Psychotherapie – Theologische und philosophische Grundsatzfragen – Dokumentationsteil.

Ein soziales Europa ist möglich

Grundlagen und Handlungsoptionen. Herausgegeben von Ulrich von Alemann, Eva G. Heidbreder, Hartwig Hummel, Domenica Dreyer, Anne Gödde, 367 Seiten, kartoniert, 49,99 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2015.

Der vorliegende Band zeigt die Grundlagen eines sozialen Europas, konkrete Handlungsoptionen zu deren Ausgestaltung und Wege zu einer sozial orientierten Europäischen Union auf. Im ersten Teil werden die bestehenden Grundlagen eines sozialen Europas als konstitutiver Bestandteil der EU-Integration dargestellt. Der zweite Teil greift konkrete Vorschläge zur weiteren Ausgestaltung der Sozialunion auf. Im letzten Teil werden die Problemfelder kontrovers diskutiert, indem die Akteure, ihre Interessen und die Hürden auf dem Weg zu einem sozialen Europa dargestellt werden. In allen drei Teilen werden die wissenschaftlich fundierten Debattenbeiträge jeweils durch zwei Stellungnahmen aus der politischen Praxis kommentiert.

7606

Ergänzungslieferungen

Kontenrahmen (KR)

für die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und für die Träger der sozialen Pflegeversicherung und den Ausgleichsfonds. Mit Erläuterungen und Buchführungsanweisungen für die Praxis und einem Anhang in der Vorschriften über das Rechnungswesen in der Sozialversicherung. Von Bernhard Knoblich, 5. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 1. Erg.-Lfg. vom Februar 2015, 1481 Seiten in Spezialordner) 89,00 Euro; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 2015.

4334

Daten zur Wirtschaftslage

Die Entwicklung im dritten Quartal 2015

Die hessische Wirtschaft präsentierte sich im dritten Quartal 2015, verglichen mit dem Vorjahreszeitraum, in einem guten Zustand: Im Verarbeitenden Gewerbe blieb die Beschäftigung konstant, jedoch waren die Umsätze und Auftragseingänge rückläufig. Der Einzelhandel konnte die Umsätze sowie die Zahl der Beschäftigten steigern und auf dem Arbeitsmarkt stieg die Zahl der Erwerbstätigen (zweites Quartal 2015 gegenüber zweitem Quartal 2014) und die Arbeitslosigkeit sank. Die Insolvenzen waren stark rückläufig und die Inflationsrate nahm leicht zu. Das hessische Verarbeitende Gewerbe verzeichnete seit Jahresbeginn eine positive Entwicklung der Bereiche „Umsatz“, „Beschäftigung“ und „Auftragseingang“. Das dritte Quartal 2015 konnte allerdings nicht an die 2 starken Vorquartale anknüpfen. Verglichen mit dem dritten Quartal 2014 blieb die Beschäftigung auf einem konstanten Niveau, die Umsätze fielen leicht und auch die preisbereinigten Auftragseingänge verfehlten das Ausgangsvolumen um 3,0 %. Der Einzelhandel konnte seine Umsätze im dritten Quartal 2015 gegenüber dem Vergleichs Quartal 2014 steigern. Im gleichen Zeitraum nahm auch die Zahl der im Einzelhandel Beschäftigten zu. Im Vergleich des zweiten Quartals 2015 mit dem analogen Vorjahresquartal zeigte sich auf dem Arbeitsmarkt ein leichter Anstieg der Erwerbstätigkeit. Die Arbeitslosigkeit war zudem in den Monaten Juli bis September rückläufig gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Von Juli bis September 2015 sank die Zahl der Insolvenzen deutlich gegenüber dem dritten Quartal 2014. Die Inflationsrate lag im dritten Quartal 2015 um 0,3 % über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums. Im ersten Quartal war die Teuerung zum Stillstand gekommen und im zweiten Quartal auf 0,5 % gestiegen. Die Abschwächung der Teuerung im dritten Quartal ist vor allem durch wieder sinkende Preise für Energie verursacht.

Verarbeitendes Gewerbe 2015 im Aufwind

Das hessische Verarbeitende Gewerbe verzeichnete seit Jahresbeginn eine positive Entwicklung der Konjunkturindikatoren „Umsatz“, „Beschäftigung“ und „Auftragseingang“. Das dritte Quartal 2015 konnte allerdings nicht an die 2 starken Vorquartale anknüpfen. Verglichen mit dem dritten Quartal 2014 blieb die Beschäftigung auf einem konstanten Niveau, die Umsätze fielen leicht um 2,3 % und auch die preisbereinigten Auftragseingänge verfehlten das Ausgangsvolumen um 3,0 %.

Dabei lagen die negativen Konjunktoreinflüsse in den ausländischen Märkten begründet. Im Inland verzeichnete die hessische Industrie von Juli bis September Umsatzzuwächse in Höhe von 2,8 % und ein um 5,6 % gestiegenes Niveau der preisbereinigten Auftragseingänge.

Die negative Auftragslage aus dem Ausland, die im ersten Halbjahr noch positiv war, wurde dabei vor allem von den Ländern der Eurozone geprägt. Gegenüber dem vergleichbaren Vor-

jahresquartal fielen die Umsätze mit Ländern innerhalb der Eurozone um 15,9 %, während sie mit Ländern außerhalb der Eurozone ein leichtes Plus von 0,8 % auswiesen. Für die Auslandsumsätze insgesamt bedeutete dies ein Minus von 7,0 %. Zukünftig wird sich diese Entwicklung wohl fortsetzen, denn auch die preisbereinigten Auftragseingänge aus dem Ausland fielen um 8,4 %.

Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie

Art der Angabe	2014		2015		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs insgesamt	97,2	102,6	103,2	103,5	94,3
Inland	88,0	88,4	94,7	94,6	92,9
Ausland	105,9	115,2	111,4	112,0	97,0
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs insgesamt	0,6	5,2	3,4	6,9	- 3,0
Inland	- 5,8	- 3,3	0,9	2,9	5,6
Ausland	5,2	10,9	5,0	9,6	- 8,4
1) 2010 = 100.					

Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung des Binnenmarktes und der ausländischen Märkte spiegelt sich auch in den Branchenergebnissen



© Christian42 - Fotolia.com

der hessischen Industrie bezüglich der preisbereinigten Auftragseingänge wider. Mit Ausnahme der Hersteller von elektrischen Ausrüstungen (Insgesamt: + 12,7 %; Inland: + 6,0 %; Ausland: + 18,6 %), verzeichneten alle großen Branchen eine bessere Auftragslage aus dem Inland als aus dem Ausland. Im Einzelnen bedeutete dies für die Chemische Industrie einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahresquartal von 14,7 %, der sich aus Zuwächsen von 13,0 % aus dem Ausland und von 18,8 % aus dem Inland zusammensetzte. Die Pharmaindustrie verzeichnete insgesamt ein Minus in Höhe von 40,1 %, das allerdings zu einem Großteil auf das Auslaufen von Patenten zurückzuführen war. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sanken um 48,6 % und die aus dem Inland stiegen um 0,6 %. Bei den Herstellern von Metallerzeugnissen stiegen die Neubestellungen insgesamt um 3,6 % (Inland: + 4,5 %; Ausland: - 1,5 %), bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen um 1,2 % (Inland: + 2,2 %; Ausland: - 0,5 %) und im Maschinenbau fielen sie um 5,2 % (Inland: + 6,9 %; Ausland: - 13,5 %).

Verarbeitendes Gewerbe setzt insgesamt knapp 25,7 Mrd. Euro um

In den Monaten Juli bis September fakturierte das hessische Verarbeitende Gewerbe knapp 25,7 Mrd. Euro und verfehlte das Niveau des Vorjahresquartals um 2,3 %.

Rückläufige Umsätze fanden sich dabei in 4 der 7 großen Branchen wieder. Mit einem Volumen von mehr als 2,2 Mrd. Euro sanken die Umsätze der Pharmaindustrie um 31,5 %. Bei den Herstellern von Metallerzeugnissen fielen die Umsätze um 3,1 % auf gut 1,4 Mrd. Euro, bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren um 1,8 % auf gut 1,8 Mrd. Euro und bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen um 4,9 % auf knapp 3,9 Mrd. Euro. Die Chemische Industrie konnte ihre Umsatzzahlen hingegen steigern. Mit fakturierten Beträgen in Höhe von mehr als 3,8 Mrd. Euro steigerten sie ihr Ausgangsniveau um 11,7 %. Auch für die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen und den Maschinenbau brachte das dritte Quartal einen Umsatzzuwachs von 5,6 % auf mehr als 1,1 Mrd. Euro bzw. um 1,4 % auf mehr als 2,5 Mrd. Euro.

Stabiles Beschäftigungsniveau

Das Niveau der Beschäftigung blieb im dritten Quartal 2015 auf dem Niveau des Vorjahresquartals. Von Juli bis September beschäftigte die hessische Industrie im Durchschnitt rund 362 600 Personen. Die gegenüber dem dritten Quartal 2014 konstant gebliebene Beschäftigung der gesamten Industrie setzte sich allerdings aus sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen großen Branchen zusammen, die sich zum Teil stark veränderten. So fiel beispielsweise die Beschäftigung bei den Herstellern von Metallerzeugnissen um 7,8 % auf gut 28 700 Personen. Um 8,0 % sank die Belegschaft bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen auf gut 22 300 Personen und auch die Chemische Industrie senkte die Beschäftigung um 2,3 % auf knapp 36 600 Personen. Verhältnismäßig moderat rückläufig verhielten sich die Beschäftigtenzahlen bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren, die im Durchschnitt knapp 32 400 Personen beschäftigten (- 1,0 %). Expansiv ausgelegt war hingegen die Personalpolitik bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+ 2,7 % auf knapp 51 600 Personen), dem Maschinenbau (+ 0,7 % auf knapp 39 600 Personen) und der Pharmaindustrie (+ 3,6 % auf knapp 20 900 Personen).

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise		Arbeitsmarkt ⁷⁾			
	Volumenindex des Auftrags- eingangs ²⁾ 2010 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- eingangs ⁴⁾ 2010 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 2010 = 100	Verbraucherpreisindex ⁶⁾ 2010 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ⁸⁾
	insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
2012 D	96,4	97,7	97,1	355 765	133,5	25 537	104,1	103,9	178 320	6,4	35 542	6 809
2013 D	98,3	94,5	102,9	356 310	133,4	25 781	102,8	105,3	185 607	6,6	34 164	7 643
2014 D	99,1	90,5	107,4	360 297	128,8	25 235	104,0	106,1	184 378	6,5	35 734	...
2014 August	85,6	78,7	92,2	362 430	120,9	25 184	99,1	106,3	190 105	6,7	37 896	2 617
September	102,0	90,7	112,3	364 299	130,5	25 193	103,4	106,4	182 657	6,4	38 874	3 049
3. Vj. D	97,2	88,0	105,9	362 607	139,5	25 072	102,6	106,3
Oktober	100,7	92,7	108,6	363 778	133,3	26 251	108,0	106,2	176 902	6,2	38 503	3 357
November	107,1	89,6	122,3	363 247	106,4	25 948	107,2	106,1	174 132	6,1	38 235	4 040
Dezember	100,0	82,9	114,8	361 377	147,5	25 196	121,3	106,0	174 185	6,1	36 398	7 429
4. Vj. D	102,6	88,4	115,2	362 801	129,1	25 798	112,2	106,1
2015 Januar	101,0	92,4	109,3	360 079	115,7	24 507	99,7	105,0	189 719	6,6	35 772	11 412
Februar	98,4	91,6	105,2	360 049	89,8	24 359	93,6	106,1	188 613	6,6	38 671	11 704
März	110,1	100,2	119,6	361 310	131,2	24 407	108,3	106,5	184 270	6,5	41 002	9 435
1. Vj. D	103,2	94,7	111,4	360 479	112,2	24 424	100,5	105,9
April	106,2	94,9	116,7	361 202	116,8	24 522	106,7	106,5	181 555	6,4	40 485	3 992
Mai	97,6	90,4	104,8	360 624	128,1	24 637	104,6	106,6	177 273	6,1	41 222	...
Juni	106,6	98,4	114,6	361 406	143,4	24 575	105,1	106,5	174 263	6,0	42 731	...
2. Vj. D	103,5	94,6	112,0	361 077	129,5	24 578	105,5	106,5
Juli	101,9	100,0	105,1	360 788	132,9	24 719	109,1	106,7	177 929	6,1	44 030	...
August	81,1	85,4	76,2	362 684	124,8	25 015	99,8	106,7	181 106	6,2	45 424	...
September	100,0	93,9	106,7	364 383	159,3	24 988	103,7	106,4	174 559	6,0	45 216	...
3. Vj. D	94,3	92,9	97,0	362 618	139,0	24 907	104,2	106,6
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
2012 D	- 6,0	- 6,9	- 5,2	1,3	7,5	4,0	1,2	2,0	- 2,3	.	- 6,6	- 14,3
2013 D	2,0	- 3,3	6,0	0,2	- 0,0	1,0	- 1,2	1,3	4,1	.	- 9,0	12,2
2014 D	0,8	- 4,2	4,4	1,1	- 3,5	- 2,1	1,2	0,8	- 0,7	.	4,6	...
2014 August	- 3,1	- 9,5	1,4	1,0	- 1,9	- 3,7	- 3,1	0,7	0,4	.	5,9	- 17,3
September	4,8	- 4,3	11,3	1,3	- 8,9	- 3,2	4,6	0,8	0,6	.	8,8	- 26,4
3. Vj. D	0,6	- 5,8	5,2	1,2	- 5,2	- 3,6	1,2	0,7
Oktober	0,6	- 1,7	2,2	1,2	- 12,1	- 1,9	2,3	0,8	- 0,6	.	9,6	- 24,8
November	4,4	- 7,8	12,8	1,1	- 6,1	- 1,4	- 2,0	0,5	- 0,9	.	10,4	- 20,3
Dezember	11,4	0,4	18,5	1,2	23,9	- 2,0	3,4	0,0	- 2,0	.	7,6	3,2
4. Vj.	5,2	- 3,3	10,9	1,2	0,8	- 1,8	1,3	0,4
2015 Januar	- 1,4	2,2	- 3,4	0,9	39,1	- 1,9	4,1	- 0,5	- 1,6	.	10,9	7,8
Februar	1,2	1,8	0,8	0,9	- 22,1	- 1,8	2,7	0,2	- 2,3	.	17,3	6,1
März	10,2	- 1,1	18,9	0,9	- 18,8	- 2,6	3,9	0,3	- 2,9	.	21,5	0,4
1. Vj.	3,4	0,9	5,0	0,9	- 6,5	- 2,1	3,5	0,0
April	13,6	6,3	18,6	0,9	- 17,3	- 2,4	0,9	0,5	- 2,4	.	17,8	- 10,6
Mai	- 0,5	- 2,8	1,3	0,7	3,0	- 1,6	- 1,4	0,8	- 4,0	.	21,8	...
Juni	7,8	5,4	9,4	0,6	25,7	- 2,5	4,4	0,3	- 4,3	.	20,6	...
2. Vj.	6,9	2,9	9,6	0,7	2,3	- 2,1	1,2	0,5
Juli	- 2,1	5,8	- 7,2	- 0,1	- 20,4	- 0,5	3,6	0,4	- 4,5	.	21,3	...
August	- 5,3	8,5	- 14,1	0,1	3,2	- 0,7	0,7	0,4	- 4,7	.	19,9	...
September	- 2,0	2,9	- 5,0	0,0	22,1	- 0,8	0,3	0,0	- 4,4	.	16,3	...
3. Vj.	- 3,0	5,6	- 8,4	0,0	- 0,3	- 0,7	1,6	0,3
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2014 August	- 17,8	- 6,7	- 18,6	0,4	- 27,6	1,4	- 5,9	0,0	2,1	.	4,4	- 22,1
September	19,2	15,2	21,8	0,5	7,9	0,0	4,3	0,1	- 3,9	.	2,6	16,5
3. Vj.	0,4	- 4,2	3,6	1,1	10,2	- 0,2	- 1,5	0,3
Oktober	- 1,3	2,2	- 3,3	- 0,1	2,2	4,2	4,4	- 0,2	- 3,2	.	- 1,0	10,1
November	6,4	- 3,3	12,6	- 0,1	- 20,2	- 1,2	- 0,7	- 0,1	- 1,6	.	- 0,7	20,3
Dezember	- 6,6	- 7,5	- 6,1	- 0,5	38,6	- 2,9	13,2	- 0,1	0,3	.	- 4,8	83,9
4. Vj.	5,6	0,5	8,8	0,1	- 7,4	2,9	9,4	- 0,2
2015 Januar	1,0	11,5	- 4,8	- 0,4	- 21,5	- 2,7	- 17,8	- 0,9	8,9	.	- 1,7	53,6
Februar	- 2,6	- 0,9	- 3,8	- 0,0	- 22,4	- 0,6	- 6,1	1,0	- 0,6	.	8,1	2,6
März	11,9	9,4	13,7	0,4	46,2	0,2	15,7	0,4	- 2,3	.	6,0	- 19,4
1. Vj.	0,6	7,1	- 3,3	- 0,6	- 13,1	- 5,3	- 10,4	- 0,2
April	- 3,5	- 5,3	- 2,4	0,2	- 10,9	0,5	6,2	0,0	- 1,5	.	- 1,3	- 57,7
Mai	- 8,1	- 4,7	- 10,2	- 0,2	9,7	0,5	2,4	0,1	- 2,4	.	1,8	...
Juni	9,2	8,8	9,4	0,2	11,9	- 0,3	0,5	- 0,1	- 1,7	.	3,7	...
2. Vj.	0,3	- 0,1	0,5	0,2	15,4	0,6	0,4	0,6
Juli	- 4,4	1,6	- 8,3	- 0,2	- 7,4	0,6	5,9	0,2	2,1	.	3,0	...
August	- 20,4	- 14,6	- 24,6	0,5	- 6,1	1,2	- 8,5	0,0	1,8	.	3,2	...
September	23,3	9,3	34,7	0,5	27,7	- 0,1	- 1,0	- 0,3	- 3,6	.	- 0,5	...
3. Vj.	- 8,9	- 1,8	- 13,4	0,4	7,3	1,3	0,5	0,1

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. – 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. – 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. – 4) Wertindex. – 5) Ohne Mehrwertsteuer. – 6) Alle privaten Haushalte. – 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte); Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderten Verfahren (Data Warehouse - Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. – 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hessen

Art der Angabe	2014		2015		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Auftragseingang (1000 Euro)	1 003 919	929 374	808 044	932 137	1 000 624
Umsatz (1000 Euro)	1 142 152	1 163 185	675 431	929 435	1 047 107
Beschäftigte	25 072	25 798	24 424	24 578	24 907
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Auftragseingang	- 5,2	0,8	- 6,5	2,3	- 0,3
Umsatz	- 0,1	- 5,9	- 8,2	- 6,8	- 8,3
Beschäftigte	- 3,6	- 1,8	- 2,1	- 2,2	- 0,7

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten.

Bauhauptgewerbe kommt 2015 nicht in Schwung – drittes Quartal bleibt unter Vorjahresergebnis

Seit Beginn des Jahres 2015 kommt das hessische Bauhauptgewerbe nicht wirklich in Schwung. Nach einer verhaltenen ersten Jahreshälfte zog auch das dritte Quartal nicht richtig an. Sowohl die baugewerblichen Umsätze, als auch die Beschäftigung verfehlten das Vorjahresniveau.

Die Auftragseingänge treffen in der Regel eine Aussage über die Tendenz, wie sich die Konjunktur in den kommenden Monaten entwickeln wird. Im Falle der nominalen Auftragseingänge ist allerdings keine Wende in Sicht. Denn das Niveau blieb 0,3 % unter dem des vergleichbaren Vorjahresquartals. Dieses Minus resultierte aus den gesunkenen Auftragseingängen im Tiefbau (- 6,4 %), das vor allem von den rückläufigen Aufträgen im Bereich Straßenbau (- 15,7 %) getrieben wurde. Die übrigen 2 Teilbereiche des Tiefbaus (gewerblicher und industrieller Tiefbau

sowie öffentlicher und Verkehrsbau) verbuchten sogar leichte Zuwächse in Höhe von 5,4 bzw. 1,9 %. Die Auftragseingänge im Hochbau (+ 6,1 %) profitierten vor allem aus dem derzeit stark wachsenden Teilbereich des Wohnungsbaus. Dieser lag 79,6 % über dem Vorjahresniveau. Auch der öffentliche und Verkehrsbau legte im Bereich des Hochbaus um 21,8 % zu und kompensierte damit das Minus im Bereich „Gewerblicher und industrieller Bau“ in Höhe von 29,4 %.

Von Juli bis September belief sich der baugewerbliche Umsatz auf mehr als 1,0 Mrd. Euro. Das dritte und das vierte Quartal gehören tendenziell zu den umsatzstarken im Bauhauptgewerbe. Gegenüber dem zweiten Quartal steigerte sich der Umsatz im dritten um knapp 13 %. Dennoch verzeichnete der baugewerbliche Umsatz gegenüber dem Vorjahresquartal ein Minus von 8,3 %.

Von diesem Rückgang waren alle 3 Teilbereiche betroffen. Der Wohnungsbau unterlag dem Vorjahresquartal mit einem baugewerblichen Umsatz von rund 212 Mill. Euro nur knapp um 1,0 %. Stärker verringerten sich die Umsätze im gewerblichen und industriellen Bau und fielen um 16,0 % auf knapp 411 Mill. Euro. Mit fast 425 Mill. Euro Umsatz verfehlte der öffentliche und Verkehrsbau das Vorjahresquartal um 3,4 %.

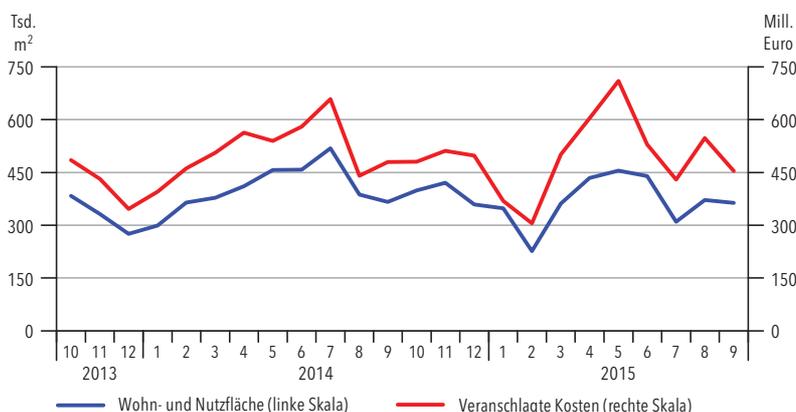
Analog zu Auftragseingängen und Umsätzen verhielt sich die Beschäftigung. Mit durchschnittlich 24 900 Personen fiel der Personalstamm gegenüber Juli bis September 2014 um 0,7 %.

Unternehmen beantragen weniger Baugenehmigungen

Im dritten Quartal 2015 wurden insgesamt 1 053 000 m² Wohn- und Nutzfläche für den Neu- oder Umbau genehmigt. Damit sank die Summe der Flächen insgesamt gegenüber dem dritten Quartal aus 2014 um 17,2 %. Die für diese Fläche veranschlagten Kosten in Höhe von 1431 Mill. Euro sanken gegenüber dem Vorjahresvergleichsquartal um 9,4 %.

Die baulich genehmigte Wohn- und Nutzfläche des **Wohnbaus** sank von Juli bis September 2015 gegenüber 2014 um 15,1 % auf 672 900 m². Die für den Wohnbau veranschlagten Baukosten be-

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau¹⁾



1) Alle Baumaßnahmen.

liefen sich auf 888,2 Mill. Euro und fielen damit um 12,1 %. Dieser Rückgang ging vor allem auf die Unternehmen zurück, die deutlich weniger Baugenehmigungen für Wohnzwecke einreichten. Private Haushalte und öffentliche Bauherren planen hingegen mehr als im Vorjahresquartal zu investieren.

Im dritten Quartal wurden 1514 Genehmigungen für den Neubau von Wohngebäuden mit 1 oder 2 Wohnungen erteilt. Damit sank die Zahl gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,8 %. Die Genehmigungen für Geschossbauten hingegen verringerten sich um 54 auf 263 Gebäude und die darin vorgesehenen Wohnungen sanken um 1184 auf 2339. Auch die Zahl der in allen Neubauten vorgesehenen Wohnungen fiel im dritten Quartal um 18 % auf 4265. Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sollen 855 zusätzliche Wohnungen ergeben. In den Wohngebäuden betrug die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung 109 m².

Die baulich genehmigte Nutzfläche beim **Nichtwohnbau** fiel im dritten Quartal auf 372 320 m². Gegenüber dem dritten Vierteljahr 2014 bedeutete dies einen Rückgang von 21,3 %. Auch die veranschlagten Baukosten sanken im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4,6 % und beliefen sich auf 542,7 Mill. Euro. Die rückläufige Entwicklung der genehmigten Nutzfläche zog sich über nahezu alle Bereiche (Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude sowie sonstige Betriebsgebäude). Lediglich die genehmigte Fläche für Anstaltsgebäude vervierfachte sich mit einer Nutzfläche von 16 400 m².

Einzelhandel weiterhin mit Umsatzplus

Die monatliche Einzelhandelsstatistik basiert auf einer Stichprobenerhebung. Monatlich werden Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 250 000 Euro oder höher befragt. In Hessen sind das momentan rund 2000 Unternehmen. Erfragt wird neben dem Umsatz auch die Anzahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten im jeweiligen Berichtsmonat. Auf dieser Basis erstellt das Hessische Statistische Landesamt (HSL) die monatliche Konjunkturstatistik für den hessischen Einzelhandel.

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hessen					
Art der Angabe	2014		2015		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	5 210	4 290	3 198	5 218	4 265
Wohnfläche (1000 m ²)	544	454	347	548	465
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt (1000 m ³)	2 792	3 405	2 295	3 656	1 920
Nutzfläche (1000 m ²)	407	466	343	477	320
Wohnungen insgesamt ²⁾	6 149	5 391	4 256	6 166	5 225
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾ (1000 m ²)	1 272	1 178	936	1 329	1 053
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	-0,4	18,7	-7,5	12,0	-18,1
Wohnfläche	7,7	21,9	-7,9	20,7	-14,4
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt	-22,1	28,9	-19,9	-5,7	-31,2
Nutzfläche	-32,4	18,6	-19,7	-15,3	-21,3
Wohnungen insgesamt ²⁾	3,4	29,9	-16,1	10,8	-15,0
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾	-13,2	18,9	-10,1	0,3	-17,2
1) Errichtung neuer Gebäude. – 2) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).					

Seit Beginn des Jahres 2014 verzeichnete der hessische Einzelhandel steigende Umsatzzahlen. Auch das dritte Quartal 2015 passt zu dieser positiven Entwicklung und wies gegenüber dem Vergleichsquartal 2014 ein reales Wachstum von 2,0 % auf.

Für einige ausgewählte Branchen verliefen die Monate Juli bis September sehr unterschiedlich, wenngleich das dritte Quartal für die meisten steigende Umsatzzahlen brachte. Sowohl der



© industrieblick- Fotolia.com

Umsätze und Beschäftigte im Handel in Hessen nach Wirtschaftszweigen

Art der Angabe	2014		2015		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2010 = 100					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	102,6	112,2	100,5	105,5	104,2
Kfz-Handel ²⁾	116,0	123,2	130,2	142,5	132,1
Großhandel	105,2	114,3	108,0	104,9	107,8
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	97,4	107,1	96,1	99,7	99,3
Kfz-Handel ²⁾	112,9	120,0	126,5	138,1	127,8
Großhandel	102,1	111,7	105,0	100,6	104,1
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	103,5	105,1	104,0	104,4	104,8
Kfz-Handel ²⁾	107,7	108,8	107,9	108,4	109,4
Großhandel	107,7	107,5	107,0	107,0	107,5
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	104,2	104,7	103,5	104,7	105,4
Kfz-Handel ²⁾	122,2	122,4	121,4	124,0	125,0
Großhandel	111,6	111,4	110,5	110,4	110,6
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	1,2	1,3	3,5	1,2	1,6
Kfz-Handel ²⁾	6,7	9,3	15,0	17,9	13,9
Großhandel	1,4	8,1	7,6	4,6	2,5
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	0,5	1,6	4,2	1,1	2,0
Kfz-Handel ²⁾	6,3	9,0	14,4	16,6	13,2
Großhandel	1,6	8,4	7,5	3,3	2,0
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	1,1	1,4	1,8	1,7	1,3
Kfz-Handel ²⁾	0,6	0,8	1,1	1,2	1,6
Großhandel	2,5	2,0	0,7	-	-0,2
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	1,3	0,8	1,0	1,4	1,2
Kfz-Handel ²⁾	0,8	1,0	0,6	1,2	2,3
Großhandel	2,0	1,5	0,7	-0,3	-0,9

1) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. – 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3) In Preisen des Jahres 2010.

Einzelhandel mit Lebensmitteln als auch der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln verbuchten ein – wenn auch unterschiedlich hohes – Plus bei den realen Umsätzen von 2,4 bzw. 1,4 %.

Betrachtet man die verschiedenen Vertriebswege, so wiesen die Verkaufsstände und Märkte ein preisbereinigtes Plus von 1,1 % auf, wäh-

rend der Versand- und Internethandel ein Plus von 9,9 % erzielte.

Den Umsätzen folgend, stieg auch die Beschäftigtenzahl. Im Vergleich zum dritten Quartal 2014 erhöhte sich der Personalstamm im gleichen Zeitraum 2015 insgesamt um 1,3 %. Dabei stieg die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,3 % und die der Teilzeitbeschäftigten um 1,2 %.

Starkes drittes Quartal für den Handel mit Kraftwagen

Die monatliche Kfz-Handelsstatistik befragt alle Kfz-Händler mit einem Jahresmindestumsatz von 10 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Dies sind derzeit rund 240 Unternehmen. Die Daten der übrigen Unternehmen werden aus Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit und der Oberfinanzdirektion übernommen.

Die Entwicklung des Handels mit Kraftwagen verlief seit Beginn des Jahres 2014 positiv. Stetig gestiegene Umsätze führten zu Zuwächsen bei der Beschäftigung. Das Jahr 2015 brachte bislang für jedes Quartal sogar zweistellige Umsatzzuwächse, die sich von Juli bis September real auf 15,7 % beliefen. Die Schwesterbranche des Kfz-Handels im Bereich „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ erzielte ein reales Umsatzwachstum von 2,6 %. Mit einem realen Plus von 6,2 % folgte auch der Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör diesem Aufwärtstrend.

Auch für die Beschäftigung brachte das dritte Quartal 2015 Zuwächse. Sie stieg gegenüber dem Vorjahresquartal insgesamt um 1,6 %, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,4 % und die der Teilzeitbeschäftigten um 2,3 % stieg.

Großhandel mit anhaltenden Umsatzzuwächsen

Hessenweit werden monatlich rund 500 Großhandelsunternehmen durch das Statistische Bundesamt befragt. Dabei handelt es sich ausschließlich um Großhändler mit einem Jahresumsatz von mindestens 20 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Die Daten der übrigen Unternehmen werden aus Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit und der Oberfinanzdirektion entnommen.

Auch der Großhandel verzeichnete seit 2014 anhaltend steigende Umsatzzahlen. Von Juli bis September 2015 wurde das reale Umsatzniveau gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 2,0 % übertroffen. Der umsatzstärkste Bereich des Großhandels, der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, stieg real um 4,0 %; der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren um 1,8 % und der mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik um 2,1 %.

Die Beschäftigung war allerdings rückläufig. Nach einem leichten Anstieg im ersten Quartal 2015, verblieb das zweite Quartal auf dem Vorjahresniveau, fiel im dritten Quartal aber sogar um 0,2 % unter das dritte Quartal 2014. Die Zahl der Vollbeschäftigten blieb konstant und die der Teilzeitbeschäftigten fiel um 0,9 %.

Arbeitsmarktlage in Hessen weiter erfreulich

Die hessische Wirtschaft wuchs im ersten Halbjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,4 %, nach ebenfalls 1,4 % im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit setzte sich der moderat positive Wachstumstrend fort. Auf dem Arbeitsmarkt hielt die günstige Entwicklung an. Die Zahl der Erwerbstätigen und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verzeichneten weiterhin Zuwächse. Der Indikator für die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern, der BA-X, legte abermals zu. Die Arbeitslosenzahl sank im Jahresvergleich.

Die hessische Wirtschaft befindet sich in guter Verfassung. Nach der aktuellen Herbstumfrage der Arbeitsgemeinschaft Hessischer Industrie- und Handelskammern beurteilen 43 % der Unternehmen ihre Geschäftslage als „gut“, 48 % als „befriedigend“ und lediglich 9 % als „schlecht“¹⁾. Damit hat sich die Lagebeurteilung gegenüber dem Frühsommer nochmals geringfügig verbessert. Etwas verschlechtert haben sich hingegen die Zukunftserwartungen der Unternehmen. Aber noch immer ist der Anteil derjenigen Unternehmen, die optimistisch auf die kommenden Monate blicken (23 %), größer als der Anteil der Betriebe, die eine Verschlechterung ihrer Lage befürchten (15 %). Die Investitionsbereit-

schaft bleibt verhalten. Der Investitionssaldo ist gegenüber dem Frühsommer unverändert bei + 7 Punkten. Beschäftigungsimpulse gehen momentan vor allem von unternehmensbezogenen Dienstleistern aus.



© pressmaster- Fotolia.com

Zwei Ereignisse dominierten besonders im dritten Quartal: die Krise in Griechenland und die starke Zuwanderung von Flüchtlingen. Besonders die Zuwanderung stellte die aktuellen Themen des Arbeitsmarktes, wie z. B. Mindestlohn und Fachkräfteengpässe, in den Hintergrund. Nach dem Sachverständigenrat²⁾ sollte die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge eine hohe Priorität genießen. Die Einstiegshürden für den Arbeitsmarkt dürfen nicht zu hoch ausfallen. Das zurzeit hohe Stellenangebot deutet darauf hin, dass die vorhandene Arbeitsnachfrage von den inländischen Arbeitssuchenden nicht hinreichend bedient werden kann. Fraglich ist allerdings, inwieweit die Qualifikationen und Fähigkeiten der anerkannten Flüchtlinge zu dieser Nachfrage passen.

Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes in Höhe 8,50 Euro zum 1. Januar 2015 ist nach den Hartz-IV-Reformen die größte arbeitsmarktpolitische Reform. Bis jetzt sind keine gravierenden gesamtwirtschaftlichen Folgen seit der Einführung zu beobachten. Der trendmäßige Anstieg der Erwerbstätigkeit in Hessen hat sich in den ersten beiden Quartalen 2015 leicht abgeschwächt. Die Anzahl der neu entstandenen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze erhöhte sich in den ersten beiden Quartalen 2015 gegenüber dem Vorjahr. Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung sank jedoch gleichzeitig. Dieser

1) Die Konjunktur in Hessen – Herbst 2015, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern.

2) Jahresgutachten 2015/16, Textziffer 35.

Arbeitsmarkt in Hessen nach Quartalen¹⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2014		2015		
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj ²⁾
Erwerbstätige						
Erwerbstätige (Inland) i n s g e s a m t	1000	3 320,5	3 339,5	3 306,3	3 327,0	...
Zu- bzw. Abnahme (-) der Erwerbstätigenzahlen gegenüber dem Vorjahresquartal	%	1,2	1,2	0,9	0,7	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ³⁾	1000	2 375,1	2 397,6	2 385,4	2 404,5	2 425,9
Arbeitslose						
Arbeitslose i n s g e s a m t	Anzahl	186 337	175 073	187 534	177 697	177 865
und zwar						
Männer	"	97 572	92 203	101 972	94 786	93 268
Frauen	"	88 764	82 870	85 562	82 911	84 597
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	"	19 770	15 511	17 244	15 453	18 185
dar. 15 bis unter 20	"	3 956	3 116	3 180	2 930	3 825
50 oder älter	"	57 435	55 630	59 099	56 416	54 987
dar. 55 oder älter	"	35 387	34 290	35 964	34 371	33 686
Ausländer	"	52 036	51 153	55 047	53 635	53 796
im Rechtskreis III	"	63 208	56 519	64 916	55 772	56 144
im Rechtskreis II	"	123 129	118 554	122 618	121 925	121 721
Zu- bzw. Abnahme (-) der Arbeitslosenzahlen gegenüber dem Vorjahresquartal	%	- 0,3	- 1,2	- 2,2	- 3,6	- 4,5
Arbeitslosenquote ⁴⁾ i n s g e s a m t	"	5,8	5,4	5,8	5,4	5,4
und zwar						
Männer	"	5,7	5,4	5,9	5,5	5,4
Frauen	"	5,9	5,5	5,6	5,4	5,5
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	"	6,1	4,8	5,3	4,7	5,5
dar. 15 bis unter 20	"	4,7	3,7	3,8	3,4	4,4
50 oder älter	"	5,9	5,7	6,1	5,7	5,4
dar. 55 oder älter	"	6,5	6,3	6,6	6,1	5,9
Ausländer	"	13,0	12,8	13,8	13,0	12,8
Deutsche	"	4,7	4,3	4,7	4,4	4,3
Gemeldete Stellen						
Gemeldete Stellen (Bestand) ⁵⁾	Anzahl	37 687	37 712	38 482	41 479	44 890
Kurzarbeit						
Kurzarbeiter ⁶⁾	"	3 009	4 942	10 850

1) Durchschnittswerte des Quartals. – 2) August 2015; vorläufig und hochgerechnet. – 3) Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen. – 4) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. – 5) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 6) Daten liegen erst 5 Monate nach den Quartalsergebnissen vor.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung sowie „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.

Rückgang war in den neuen Ländern deutlich ausgeprägter, weil dort die Betroffenheit der Beschäftigten durch den Mindestlohn höher ist als in dem Hochlohnland Hessen bzw. in den alten Ländern. In den alten Ländern und in Hessen verringerte sich die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten im zweiten Quartal 2015 um rund

3 % im Jahresvergleich, in den neuen Ländern war der Rückgang mit rund 7 % mehr als doppelt so groß. Dem Rückgang der ausschließlich geringfügig Beschäftigten stand im Vorjahresvergleich ein Anstieg der im Nebenjob geringfügig Beschäftigten gegenüber. Dieser Anstieg war jedoch schwächer als in den Vorquartalen.

In Hessen waren im zweiten Quartal 2015 rund 3,33 Mill. Personen erwerbstätig, 21 820 oder 0,7 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) setzte sich die positive Entwicklung im zweiten Quartal 2015 fort. Die Wachstumsdynamik schwächte sich nach dem zweiten Quartal 2014 ab. Bundesweit betrug der Anstieg der Erwerbstätigenzahl 0,4 %.

Im Vergleich zum Vorquartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen im zweiten Quartal 2015 um 20 660 Personen oder 0,6 % zu. Diese Zunahme lag unter der langjährigen durchschnittlichen Entwicklung eines zweiten Quartals. In den letzten 5 Jahren stieg die Erwerbstätigenzahl im zweiten Quartal gegenüber dem ersten Quartal um durchschnittlich 24 570 Personen.

Zum Beschäftigungsaufbau im zweiten Quartal 2015 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum trugen insbesondere die Dienstleistungsbereiche insgesamt mit einem Zuwachs von 21 930 neuen Stellen bei (+ 0,9 %). Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) und im Baugewerbe erhöhten sich die Erwerbstätigenzahlen nur marginal (+ 740 Personen oder + 0,1 % bzw. + 415 Personen oder + 0,2 %). In der Land- und Forstwirtschaft; Fischerei verringerte sich die Zahl der Arbeitsplätze um 1260 oder 3,8 %.

Der Arbeitsplatzaufbau im zweiten Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahresquartal ist maßgeblich auf den Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer zurückzuführen. Rückgänge gab es bei den Minijobs.

Die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen im zweiten Quartal 2015 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal verlief in den Regionen Deutschlands weiterhin unterschiedlich. Die Zahl der Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) stieg im zweiten Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahresquartal um 0,5 %. Im Gebiet der neuen Länder (ohne Berlin) verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 0,5 %. Im Gebiet der neuen Länder ist dies der stärkste Rückgang in einem Quartal (bezogen auf den

entsprechenden Vorjahreszeitraum) seit Beginn der Berechnungen. Die im vierten Quartal 2010 beginnende schwächere Entwicklung der Erwerbstätigenzahl im Gebiet der neuen Länder im Vergleich zum früheren Bundesgebiet setzte sich im aktuellen Quartal weiter fort.

Im zweiten Quartal 2015 gab es im Vergleich zum Vorjahresquartal Zuwächse bei der Zahl der Erwerbstätigen in allen alten Ländern. Im Gebiet der neuen Länder meldeten 4 Länder einen



© moonrun-Fotolia.com

Rückgang und in Mecklenburg-Vorpommern blieb die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresvergleich konstant.

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) verlangsamte sich die Wachstumsdynamik: Die Zuwachsrate ging von 1,1 % im zweiten Quartal 2014 kontinuierlich auf 0,5 % im zweiten Quartal 2015 zurück (jeweils gegenüber dem Vorjahr). Insgesamt arbeiteten hier 35,1 Mill. Personen (82 %). In Berlin hatten 1,8 Mill. Personen oder 4,3 % aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz.

Nach einzelnen Ländern betrachtet ergaben sich im Beobachtungszeitraum Veränderungsdaten in einer Bandbreite von - 0,8 % (Sachsen-Anhalt) bis + 1,3 % (Berlin). Im Durchschnitt aller Länder erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl um 0,4 %.

Die Arbeitslosigkeit ging nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Berichtsquartal um 4,5 % oder 8500 Personen auf 177 865 zurück. Gegenüber dem Vorquartal stagnierte die Zahl der Arbeitslosen (+ 0,1 % oder + 168 Personen). Dies lag vor allem daran, dass in den ersten beiden Monaten des dritten Quartals im Vergleich zum jeweiligen Vormonat ein Anstieg zu verzeichnen war. Der Zuwachs war hauptsächlich auf das Schul- und Ausbildungsende zurückzuführen, was sich in einem erhöhten Anstieg der

Jugendarbeitslosigkeit bemerkbar machte. Dies ist saisonüblich. Im September ging die Arbeitslosigkeit zurück.

Im Bundesgebiet insgesamt fiel die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresquartal um 3,6 %, wobei die Entwicklung in den Großregionen unterschiedlich ausfiel. In Ostdeutschland war der Rückgang mit 5,3 % deutlich stärker als in Westdeutschland (-2,9 %). Mit Ausnahme des Saarlandes meldeten alle Länder im Jahresvergleich einen Rückgang bei der Arbeitslosenzahl.

Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit konnten bis auf die Gruppe der Ausländer alle Personengruppen profitieren. Besonders stark sank die Jugendarbeitslosigkeit um 8,0 % auf 18 190 Personen.



© JENS - Fotolia.com

Im dritten Quartal 2015 betrug die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Hessen, 5,4 %. Sie lag 0,4 Prozentpunkte unter dem vergleichbaren Vorjahreswert und war genauso hoch wie der Vorquartalswert. Die hessische Arbeitslosenquote war wiederum günstiger als die für das gesamte Bundesgebiet und auch für die der alten Länder. Im Länderranking konnte Hessen seinen vierten Platz hinter Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz behaupten. In Rheinland-Pfalz lag die Arbeitslosenquote noch knapp über der 5-Prozentmarke, Bayern und Baden-Württemberg meldeten Quoten, die deutlich unter 4-Prozentmarke lagen (Bayern: 3,5 %, Baden-Württemberg: 3,8 %). Die höchsten Quoten verzeichneten die Stadtstaaten Bremen und Berlin mit 10,9 bzw. 10,6 %.

Von den 177 865 Arbeitslosen im dritten Quartal 2015 wurden in Hessen knapp 68 % im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundsicherung und 32 % im Rechtskreis SGB III, also der

Arbeitslosen im Versicherungssystem, betreut. Die Arbeitslosenzahl sank im Vorjahresvergleich in beiden Rechtskreisen, wobei der Rückgang im Rechtskreis SGB III mit 11,2 % deutlich stärker ausfiel als im Rechtskreis SGB II.

Der Bestand der gemeldeten Stellen in Hessen lag im dritten Quartal 2015 bei 44 890, ein Plus gegenüber dem Vorjahresquartal von 19,1 %. Davon waren rund 91,5 % sofort zu besetzen und gut 96 % aller Stellen entfielen auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Über 81 % waren für einen unbefristeten Arbeitsplatz vorgesehen, das waren 22 % mehr als im Vorjahr. Fast 41 % aller gemeldeten offenen Stellen entfielen auf den Wirtschaftsbereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ und hier insbesondere auf die Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit). Ebenfalls viele Stellen gab es in den Bereichen „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ und „Gesundheits- und Sozialwesen“.

Zahl der Unternehmensinsolvenzen sinkt wieder

Von Juli bis September 2015 haben die hessischen Amtsgerichte über 359 Anträge auf Insolvenz von Unternehmen entschieden. Das sind 10 % weniger als im vorherigen Quartal und knapp 7 % weniger Fälle als im dritten Quartal 2014. Der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen in den beiden ersten Quartalen ist damit gestoppt. Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge lag im dritten Quartal 2015 mit 40 % über dem Niveau des ersten (34 %) und des zweiten Quartals (39 %) dieses Jahres.

Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger bezifferten die Gerichte für das dritte Quartal 2015 auf insgesamt 186 Mill. Euro. Dies entspricht 518 000 Euro je beantragter Insolvenz. Im ersten (965 000 Euro) und im zweiten (734 000 Euro) Quartal lag dieser Wert deutlich höher. Von der Insolvenz ihres Arbeitgebers waren im dritten Quartal 2015 insgesamt 1377 Beschäftigte betroffen, knapp 19 % weniger als im zweiten und 25 % weniger als im ersten Quartal dieses Jahres. Der steigende Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge, das geringere durchschnittliche Forderungsvolumen

und die abnehmende Zahl der von Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffenen Beschäftigten deuten darauf hin, dass im dritten Quartal vor allem kleinere Unternehmen insolvent wurden.

Die Entwicklung der Insolvenzzahlen verlief in den einzelnen Branchen recht unterschiedlich. Ein besonders deutlicher Rückgang ist im Gastgewerbe (- 42 % gegenüber dem dritten Quartal 2014) zu beobachten. Aufgrund der geringen absoluten Fallzahlen sind die prozentualen Änderungen generell vorsichtig zu interpretieren. So gab es im dritten Quartal 2015 insgesamt 14 Insolvenzen von Unternehmen des Gastgewerbes. Auch im Baugewerbe ging die Zahl der Insolvenzen zurück und zwar um 25 % auf 51 Fälle. Im Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sank die Zahl der Insolvenzen um 11 % auf 17 Fälle, im Handel um 3 % auf 71 Fälle. Einen Anstieg der Insolvenzzahlen gab es in den Bereichen „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ (+ 20 % auf 12 Fälle), „Information und Kommunikation“ (+ 6 % auf 18 Fälle) sowie im Verarbeitenden Gewerbe (+ 4 % auf 25 Fälle).

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag im dritten Quartal 2015 mit 1265 um 16 Fälle (+ 1,3 %) über dem Ergebnis des vorherigen Quartals, aber noch 13 Fälle (- 1,0 %) niedriger als im dritten Quartal des Jahres 2014.

Die voraussichtlichen Forderungen je Verbraucherinsolvenz lagen im dritten Quartal 2015 mit 45 900 Euro noch unter den schon niedrigen Niveaus des ersten (53 100 Euro) und des zweiten (50 700 Euro) Quartals.

Bei den Insolvenzen der ehemals selbstständig Tätigen wird unterschieden zwischen Personen, die aufgrund nicht überschaubarer Vermögensverhältnisse (mehr als 19 Gläubiger oder Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen) wie Unternehmen das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen und Personen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen, auf die das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher angewendet wird.

Die Zahl der Regelinsolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger lag im dritten Quartal 2015 mit 374 Fällen knapp 7 % unter dem Wert des vorherigen Quartals und 6 % über dem des entsprechenden Vorjahresquartals. Die voraussicht-

lichen Forderungen je Regelinsolvenz ehemals Selbstständiger lagen im dritten Quartal 2015 mit 203 000 Euro zwar über dem Wert des zweiten (173 000 Euro), aber unter dem Niveau des ersten Quartals dieses Jahres (249 000 Euro).



Die Anträge auf ein vereinfachtes Verfahren ehemals Selbstständiger (171 Fälle) gingen im dritten Quartal sowohl gegenüber dem Vorquartal als auch gegenüber dem dritten Quartal 2014 um 7 % zurück. Die voraussichtlichen Forderungen je Verfahren sanken auf 115 000 Euro, nachdem sie im ersten (190 000 Euro) und im zweiten (202 000 Euro) Quartal 2015 ein außerordentlich hohes Niveau erreicht hatten.

Inflationsrate wieder gesunken

Der Verbraucherpreisindex lag im dritten Quartal 2015 um 0,3 % über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums. Im ersten Quartal war die Teuerung mit einer Inflationsrate von 0,0 % zum Stillstand gekommen und im zweiten Quartal auf 0,5 % gestiegen. Die Abschwächung der Teuerung im dritten Quartal ist vor allem durch wieder sinkende Preise für Energie, darunter insbesondere für Mineralölprodukte, verursacht. Ohne Energie gerechnet lag die durchschnittliche Inflationsrate im dritten Quartal 2015 bei 1,2 % und im zweiten Quartal bei 1,3 %.

Im Juli 2015 stieg die Inflationsrate auf 0,4 %, verharrte im August auf diesem Wert und fiel im September überraschend deutlich auf 0,0 %.

Der Preisindex für Haushaltsenergie (Strom, Heizöl, Gas, feste Brennstoffe, Zentralheizung und

Verbraucherpreisindex in Hessen

Art der Angabe	2014		2015		
	3. Vj	4. Vj	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj
2010 = 100					
Verbraucherpreisindex	106,3	106,1	105,9r	106,5	106,6
und zwar					
Nahrungsmittel	111,1	110,7	111,3	112,8	111,9
Kleidung und Schuhe	102,2	107,0	103,5	105,9	104,0
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	106,0	106,4	107,1	107,6	108,1
Haushaltsenergie	119,5	116,7	113,8	114,0	111,7
Verkehr	107,3	104,9	103,6	105,8	105,1
Kraftstoffe	109,5	101,7	94,8	101,8	98,7
Nachrichtenübermittlung	92,0	91,9	91,7	91,3	91,0
Unterhaltungselektronik	75,5	74,9	74,5	74,5	74,7
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Verbraucherpreisindex	0,7	0,4	0,0r	0,5	0,3
und zwar					
Nahrungsmittel	0,4	-0,3	-1,2	1,0	0,7
Kleidung und Schuhe	0,8	1,3	0,9	1,0	1,8
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,4	1,6	1,7	1,8	2,0
Haushaltsenergie	-0,7	-2,4	-5,2	-5,0	-6,5
Verkehr	-0,2	-1,2	-2,4	-1,3	-2,1
Kraftstoffe	-4,5	-7,5	-12,1	-8,0	-9,9
Nachrichtenübermittlung	-1,4	-1,0	-1,2	-1,2	-1,1
Unterhaltungselektronik	-5,6	-5,1	-4,6	-4,4	-1,1

Fernwärme) lag im dritten Quartal 2015 um 6,5 % unter dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Alle Energieträger wurden binnen Jahresfrist billiger, aber in sehr unterschiedlichem Ausmaß: Heizöl (- 25,8 %), Kraftstoffe (- 9,9 %), Gas (- 1,8 %) und Strom (- 1,1 %).

Die Jahresteuersatzrate von Nahrungsmitteln sank im dritten Quartal auf 0,7 %. Im zweiten Quartal war sie deutlich gestiegen, von

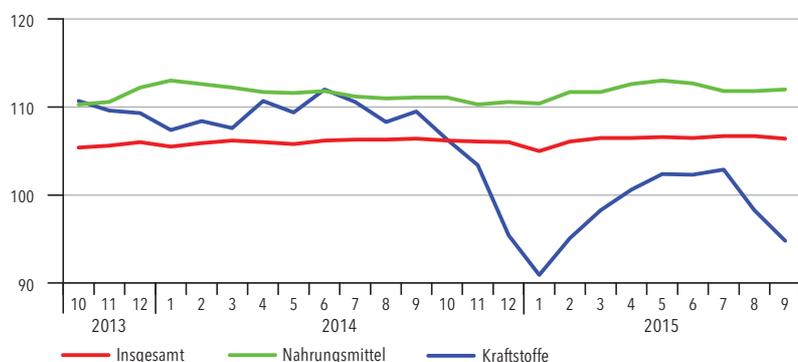
- 1,2 % im ersten Quartal auf 1,0 %. Deutliche Unterschiede bestehen zwischen der Jahresteuersatzrate der einzelnen Produkte. Mehr bezahlten die Verbraucher für Gemüse (+ 8,9 %), Obst (+ 4,4 %), Brot- und Getreideerzeugnisse (+ 0,7 %), Fisch (+ 0,6 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (+ 0,3 %). Binnen Jahresfrist billiger wurden Molkereiprodukte und Eier (- 5,9 %) sowie Speisefette und -öle (- 5,0 %).

Die Preise für Kleidung und Schuhe lagen im dritten Quartal 2015 um 1,8 % über dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Für Leistungen der Nachrichtenübermittlung und für Unterhaltungselektronik (jeweils - 1,1 % gegenüber dem dritten Quartal 2014) setzte sich der Trend sinkender Preise zwar weiter fort, jedoch teilweise merklich abgeschwächt.

Deutliche Preissenkungen wurden weiterhin für Fernsehgeräte (- 9,1 %), Notebooks einschl. Tablets (- 5,5 %) sowie SAT-Anlagen (- 5,5 %) beobachtet. Zu den Produkten dieses Bereichs, die teurer wurden, gehörten z. B. Heimkino-Anlagen (+ 3,6 %), MP3-Player (+ 1,7 %) und Laserdrucker (+ 1,2 %). Ebenfalls uneinheitlich verlief die Entwicklung bei den anderen Gebrauchsgütern im Haushalt. Glaswaren und Geschirr (+ 0,7 %) verteuerten sich im dritten Quartal 2015 gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Die Preise für Haushaltsgeräte (- 2,3 %), für Heimtextilien (- 0,5 %) sowie für Möbel und Einrichtungsgegenstände (- 0,2 %) sanken binnen Jahresfrist.

Dienstleistungen (ohne Mieten) wurden für private Haushalte binnen Jahresfrist durchschnittlich 1,0 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für Taxifahrten (+ 8,0 %), Verbundfahrkarten (+ 2,9 %), Sport- und Erholungsdienstleistungen (+ 2,3 %) sowie Beherbergungsdienstleistungen (+ 2,0 %). Flugtickets (- 4,1 %) wurden aufgrund niedrigerer Energiekosten billiger. Die Jahresteuersatzrate für Wohnungsmieten erreichte im dritten Quartal 2,0 %. Hier ist ein zumindest leichter Trend zu schneller steigenden Mieten erkennbar. Im ersten Quartal lag die Jahresteuersatzrate bei 1,7 % und im zweiten Quartal 2015 bei 1,8 %. Im Jahr 2014 erhöhten sich die Mieten um durchschnittlich 1,6 %.

Verbraucherpreisindex¹⁾



1) 2010 = 100.



*Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern
ein frohes, besinnliches Weihnachtsfest und
ein erfülltes, erfolgreiches Jahr 2016*

Buchbesprechungen

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes im Oktober 2015

K = mit Kreisergebnissen
G = mit Gemeindeergebnissen

Statistische Berichte und sonstige Veröffentlichungen – kostenfreie Download-Dateien

Hochschulprüfungen in Hessen 2014; (B III 3 - j/14)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im August 2015 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 08/15); (K)¹⁾

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im August 2015; (E I 3 - m 08/15); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im August 2015; (E II 1 - m 08/15); (K)¹⁾

Energieversorgung in Hessen im Juli 2015; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 07/15)¹⁾

Baugenehmigungen in Hessen im August 2015; (F II 1 - m 08/15); (K)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Juli 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 07/15)¹⁾

Die Ausfuhr Hessens im Juli 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 07/15)¹⁾

Die Ausfuhr Hessens im August 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 08/15)¹⁾

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Juli 2015; (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 07/15)¹⁾

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im August 2015; (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 08/15)¹⁾

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im August 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 08/15)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Gastgewerbe in Hessen im August 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 08/15)¹⁾

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juli 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 07/15); (K)¹⁾

Binnenschifffahrt in Hessen im Juli 2015; (H II 1 - m 07/15); (Häfen)¹⁾

Die Sozialhilfe in Hessen im Jahr 2014 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik 2014; Teil II: Empfänger; (K I 1 mit K VI 1 - j/14); (K)¹⁾

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer 2014 in Hessen; (L IV 5 - j/14)¹⁾

Gewerbesteuer in Hessen 2010; (L IV 13 - 3j/10); (G)¹⁾

Verbraucherpreisindex in Hessen im September 2015; (M I 2 - m 09/15)¹⁾

1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.

Das neue Mindestlohngesetz

Grundlagen und Auswirkungen. Von Jens M. Schubert, Kerstin Jerchel und Franz-Josef Düwell, 183 Seiten, kartoniert, 34,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015.

Der vorliegende Band stellt sämtliche Neuregelungen übersichtlich dar, zeigt alle wichtigen juristischen Streitpunkte auf und bietet konkrete Lösungsmöglichkeiten für den Umgang mit dem neuen Recht an. Kenner der Materie nehmen Stellung zu den aufgeworfenen Rechts- und Gestaltungsfragen: Wie werden weitere Vergütungsarten (Provisionen, Prämien, Sachleistungen etc.) eingerechnet? Wie Stück-, Akkord- und Leistungslohnvereinbarungen oder Mini-Job-Regelungen umgerechnet, wie Arbeitszeitkonten behandelt? Sind Entgeltumwandlungen weiter möglich?

Was ist der genaue Definitionsbereich der festgelegten Ausnahmeregelungen für Jugendliche, Auszubildende, Praktikanten, ehrenamtliche Tätige, Saisonarbeiter und Zeitungszusteller – sind diese so zulässig? Stichwort Nichtanwendung auf Langzeitarbeitslose: Welche Personenkreise sind erfasst, welche Umgehungsmöglichkeiten bestehen? Wie ist das Verhältnis des Mindestlohnes zu AEntG, AVE, Haus- und Flächentarifvertrag sowie § 138 BGB? Welche Lücken lässt das Gesetz? Wie funktioniert die Mindestlohnkommission, welche Möglich-

keiten der Überwachung durch die Zollämter bestehen konkret? Sind die Regelungen mit Europa-, Völker- und Verfassungsrecht vereinbar? 7603

Mobbing und psychische Gewalt

Der Ratgeber für Betroffene und ihre Interessenvertretung. Reihe: Job aktuell, von Axel Esser und Martin Wolmerath, 368 Seiten, kartoniert, 19,90 Euro, Bund Verlag, Frankfurt am Main 2015.

Schikane, Mobbing und psychische Gewalt – für Arbeitgeber bedeutet nicht bewältigtes Mobbing ein schlechtes Betriebsklima, hohe Ausfallzeiten sowie schlechte Arbeitsergebnisse. Die betriebliche Interessenvertretung muss zugleich behutsam, konfliktfähig und rechtlich versiert sein, wenn sie wirkungsvoll dagegen vorgehen will. Der bewährte Ratgeber bietet konkrete Hilfe und Anregungen. Damit lassen sich auch aussichtslos erscheinende Fälle konstruktiv lösen und Mobbingkonflikte nachhaltig bewältigen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Gesetzgebung und Rechtsprechung zeigen die Autoren rechtliche und außerrechtliche Handlungsmöglichkeiten auf und geben neue juristische Denkanstöße. Der Ratgeber zieht eine klare Grenze zwischen „Konflikt“ und „Mobbing“. Außerdem demonstriert er, wie die Interessenvertretung im akuten Mobbingfall systematisch und zielorientiert vorgehen kann 7599

Noch: Buchbesprechungen

Aushandlungen von Paaren zur Elternzeit

Arbeitsteilung unter neuen Vorzeichen? Reihe „Geschlecht und Gesellschaft“, Band 61, von Almut Peukert, 302 Seiten, kartoniert, 39,99 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2015.

In der vorliegenden qualitativen Studie untersucht Almut Peukert Aushandlungen von Doppelverdienender- und Doppelkarrierepaaren zur Aufteilung der Elternzeit nach dem familienpolitischen Paradigmenwechsel durch die Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007. Einer zunehmenden Offenheit in paarinternen Aushandlungen zur Teilung von Erwerbs- und Familienarbeit steht ein Beharren von traditionellen, geschlechterdifferenzierenden Zuschreibungen von Betreuungsverantwortung in der Familiengründungsphase gegenüber. Dabei zeigt sich, dass Paare mit ähnlichen beruflichen und finanziellen Arrangements nicht „automatisch“ zu gleichen Aushandlungsergebnissen gelangen. Vielmehr führen die Selbstverständlichkeiten der Paare zu (nicht) infrage kommenden Betreuungspersonen zu einem Relevant- oder Nicht-Relevantsetzen beruflicher und finanzieller Aspekte in der Entscheidung zur Inanspruchnahme von Elterngeld/-zeit. Der Inhalt gliedert sich in folgende

Hauptkapitel: Arbeitsteilung von Paaren in der Familiengründungsphase – Aushandlungsprozesse – Forschungsdesign – Exemplarische Fallanalyse: Caroline und Martin Weber – Wer betreut das Kind? – Wer nimmt wie lange Elternzeit? – Fazit: Aushandlungen von Paaren zu Elternzeiten zwischen Selbstverständlichkeit, Option und Notwendigkeit. 7612

Die Irrtümer des Kremls

Warum wir den Krieg im Osten Europas stoppen müssen. Süddeutsche Zeitung Edition Streitschrift, von Tomas Urban, 64 Seiten, kartoniert, 4,90 Euro, Süddeutsche Zeitung, München 2015.

Bedeutet der Anschluss der Krim an Russland die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit? Kämpfen im Industriegebiet Donbass Russen für die Befreiung von ukrainischer Repression? Hat die Nato den blutigen Konflikt geschürt? Was können die Deutschen tun? Diese Fragen werden auch in der Bundesrepublik heftig diskutiert, sie bestimmen die Linien der Außenpolitik. Der Autor des vorliegenden Bändchens, Thomas Urban, 24 Jahre lang Osteuropa-Korrespondent der SZ, sieht besonders die Deutschen in der Pflicht, zu einer Lösung des Konfliktes beizutragen. 7616

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes im November 2015

Statistische Berichte und sonstige Veröffentlichungen – kostenfreie Download-Dateien

Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2014; Teil 3: Gymnasien und Schulen für Erwachsene (Zweiter Bildungsweg); Stand: 1. November 2014, (B I 1 - j/14); (K)¹⁾

Die Studierenden an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester 2014/15 (Vorläufige Ergebnisse); (B III 1/S - WS 2014/15)¹⁾

Bodennutzung in Hessen 2015 (Endgültiges Ergebnis); (C I 1 - j/15)¹⁾

Weinbestände in Hessen im Jahr 2015; (C II 3 - j/15)¹⁾

Unternehmen und Betriebe in Hessen (Ergebnisse des Unternehmensregisters); Stand: 31.5.2015; (D II 1 - j/15); (G)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im September 2015 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I - m 09/15)¹⁾

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im September 2015; (E I 3 - m 09/15); PDF-Format

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Jahr 2014; (E I 6 - j/14); (K)¹⁾

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im September 2015; (E II 1 - m 09/15); (K)¹⁾

Baugenehmigungen in Hessen im September 2015; (F II 1 - m 09/15); (K)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im August 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 08/15)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Juli 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 07/15)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im August 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 08/15)¹⁾

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im September 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 09/15)¹⁾

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im August 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 08/15); (K)¹⁾

Binnenschifffahrt in Hessen im August 2015; (H II 1 - m 87/15); (Häfen)¹⁾

Verbraucherpreisindex in Hessen im Oktober 2015; (M I 2 - m 10/15)¹⁾

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im August 2015; (M I 4 - vj 3/15)¹⁾

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen 2000 bis 2007 nach kreisfreien Städten und Landkreisen (Sonderveröffentlichung der revidierten Ergebnisse); (P I 3 - j/2000-2007 rev.); (K)¹⁾

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen 2000 bis 2007 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 3 - j/2008-2013 rev.); (K)¹⁾

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Hessen von 2000 bis 2013 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 4 - j/2000-2013 rev.); K¹⁾

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in Hessen 2000 bis 2007 nach kreisfreien Städten und Landkreisen (Sonderveröffentlichung der revidierten Ergebnisse); (P I 5 - j/2000-2007 rev.); (K)¹⁾

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in Hessen 2008 bis 2013 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 5 - j/2008-2013 rev.); (K)¹⁾

Investitionen für Umweltschutz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Jahr 2013; (Q III 1 - j/13); (K)¹⁾

Schlüsselverzeichnis der Verwaltungsbezirke und Gemeinden in Hessen; (Verz-2 - November 2015); Excel-Format

K = mit Kreisergebnissen
G = mit Gemeindeergebnissen

1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.



Alle Ausgaben von Staat und Wirtschaft in Hessen finden sich auch als PDF-Datei zum kostenlosen Download auf unserer Homepage unter <http://www.statistik-hessen.de/publikationen/download/492/index.html>